

1 / 2021

DIE NIEDERSÄCHSISCHE GEMEINDE

ZEITSCHRIFT FÜR RATSMITGLIEDER

73. JAHRGANG



Sonderausgabe:

**Kommunalpolitisch
engagieren!**

Lesen und
weitergeben...



KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG – EIN URDEMOKRATISCHES ERFOLGSMODELL

VON DR. MARCO TRIPS

Dr. Marco Trips,
Präsident des
Niedersächsischen
Städte- und
Gemeindebundes



Am 12. September dieses Jahres findet in Niedersachsen die 20. Kommunalwahl seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges statt. Warum ich nicht sage, „seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland“? Die Antwort darauf verdeutlicht sogleich die Bedeutung der kommunalen Ebene: Weil die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden sowie die Landkreise sich bereits vor Gründung der Bundesrepublik und des Landes Niedersachsen durch Wahlen als wichtigste staatliche Ebene legitimiert und organisiert haben.

Die Menschen leben, arbeiten und denken zunächst in ihren Dörfern, Gemeinden und Städten. Hier wird das Zusammenleben organisiert. Hier sind die handelnden Ratsmitglieder und Bürgermeister*innen dicht an ihren Einwohner*innen dran, hier werden die

Probleme des täglichen Lebens beraten und gelöst und hier wird versucht, die örtliche Gemeinschaft voranzubringen, „das Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner zu mehren“, wie es § 1 unserer Kommunalverfassung etwas trocken ausdrückt.

BRAUCHEN WIR EIGENTLICH HEUTE NOCH DIE SELBSTVERWALTUNG IN DEN DÖRFERN, IN DEN STÄDTEN UND GEMEINDEN, IN DEN SAMTGEMEINDEN?

Wäre es nicht besser, wenn das alles zentral gesteuert würde, am besten durch Computer und in Zukunft durch künstliche Intelligenz erledigt? Ist nicht alles viel zu kompliziert geworden, um es selbst vor Ort entscheiden zu können?

Die Antwort auf diese Frage heißt Nein. Ich glaube, dass ein Grund, dass Deutschland sozial und wirtschaftlich so gut dasteht – und im Übrigen auch Krisen hervorragend meistert –, in der aufgegliederten, basisdemokratischen Organisation und Verantwortung liegt.

Es liegt daran, dass in allen unseren Gemeinden Menschen für das Beste vor Ort arbeiten und manches Mal auch kämpfen. Sich auseinandersetzen, debattieren und Kompromisse schließen. Verschiedene Meinungen und Wege abwägen und aus dem Ergeb-

nis Entscheidungen machen, die dann umgesetzt werden.

LEGITIMATION DURCH WAHLEN UND VERFAHREN

Die kommunale Selbstverwaltung sichert Legitimation der getroffenen Entscheidungen durch Wahlen und durch Verfahren. Das heißt, dass die handelnden Ratsmitglieder und die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister sich darauf berufen können, von der Mehrheit der Bürger*innen gewählt worden zu sein. Im öffentlichen Leben müssen Entscheidungen getroffen werden. Teilweise werden sie gerne hingenommen, wie etwa Sozialleistungen, teilweise sind sie umstritten, wie etwa der Zuschnitt neuer Baugebiete oder das Ausstellen von Parktickets. Wir können jedoch sicher sein, dass erstens nicht irgendwelche Clans, vererbte Alleinherrscher oder von oben eingesetzte Kommissare über unsere Angelegenheiten entscheiden, sondern die Menschen, die wir selber vor Ort dazu durch Wahlen bestimmt haben.

Und wir können zweitens sicher sein, dass diese handelnden Menschen ein genaues Verfahren einhalten. Sie beachten die örtlich gesetzten Rechtsvorschriften und staatlichen Gesetze und sie entscheiden nicht willkürlich,

BEVORZUGTE ANSPRECHPARTNER FÜR PROBLEME UND ANLIEGEN

Bei irgendwelchen Problemen, Missständen oder Anliegen würden...



QUELLE / forsa; Angaben in Prozent

Quelle: kommunal.de. 4/2019

sondern beraten in mehreren Sitzungen über die Themen. Alle Seiten werden gehört und es wird versucht, Kompromisse zu finden. Das stellt zwar am Ende nicht jeden Einzelnen zufrieden, ist aber der beste Weg, den wir bisher in der Geschichte gefunden haben.

VIELE KLEINTEILIGE BASISDEMOKRATIEN

Wir haben so viele kleinteilige Basisdemokratien vor Ort. In jeder Gemeinde gibt es einen Rat, Ausschüsse, eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister und eine Verwaltung. Eine zentrale Gleichschaltung durch höhere Ebenen ist so kaum möglich. Klar ist, dass eine solche Demokratie Geld kostet. Billiger wäre es vielleicht, große, zentrale Strukturen zu schaffen. Billig ist aber meist nicht gut. Die in gewachsene Struktu-

ren gegliederte Demokratie vor Ort ist ein Wert an sich. Demokratie ist nicht umsonst zu haben. Sie ist das eingesetzte Geld wert!

BINDUNG VOR ORT

Vielleicht könnte man einiges durch ein zentrales Bundes- oder Landesverwaltungsamt entscheiden lassen. Doch da würde vieles Ungleiche gleichgemacht – weil zentrale Entscheidungen gar nicht ausdifferenziert getroffen werden können. Und das ist der Vorteil der kommunalen Selbstverwaltung: Entscheidungen so zu treffen, dass sie auf die eigenen Verhältnisse zugeschnitten sind.

Und alle die über ihre eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden, werden dies weit sorgfältiger tun als zentrale Behörden in weit entfernten Großstädten. Denn man entscheidet ja

für andere mit: für die Kinder und Enkel, für die Nachbarn und Freunde.

Auch das Wissen vor Ort kann nur so angezapft werden. Vor Ort liegt das Wissen über die eigenen Angelegenheiten – keine Oberbehörde wird sich um Details scheren.

Auch die Begründung und Vermittlung von Entscheidungen gelingt besser im nachbarschaftlichen Austausch als per Dekret von oben. So identifizieren sich alle Betroffenen mehr damit, als wenn sie Anweisungen von anderen Stellen folgen müssten.

FÜR UND WIDER IN GESPRÄCHEN VOR ORT

Aber kann man das nicht alles in direkter Bürgerbeteiligung digitalisieren? Alle Beschlussvorlagen werden in einer App versandt und abgestimmt. Jeder

„NUR GEMEINSAM KANN MAN ZIELE ERREICHEN“

Sonja Zinke, seit 2011 Gemeinderätin in Steinkirchen,
Samtgemeinde Lüne

Dass ich mich in der Kommunalpolitik engagiere, war eine logische Konsequenz. Seit wir als Familie 2007 in die Gemeinde Steinkirchen gezogen sind, interessiert mich alles, was im Dorf passiert. Ob es um sichere Fahrradwege geht, die naturnahe Gestaltung des Regenrückhaltebeckens, die Erhaltungssatzung des Ortskernes, die Pflege einer guten Dorfgemeinschaft – es gibt ganz viele Themen, die man als

Gemeinderat angehen und mitgestalten kann. Das benennt auch einen Grundsatz der kommunalen Arbeit, ob nun in der Politik, einem Verein oder einer anderen Organisation: Nur gemeinsam kann man Ziele erreichen. Die Vernetzung und Kommunikation ist die Basis, die es braucht, um Veränderungen oder den Erhalt zu erreichen.

„ICH WOLLTE EIN TEIL DER ENTSCHEIDUNGEN SEIN“

Bjarne Allruth, 22 Jahre alt, seit 2016 Mitglied des Rates
des Fleckens Delligsen

Bereits während meiner Abiturzeit war ich politisch interessiert. Nach dieser Zeit habe ich ein Freiwilliges Soziales Jahr im Niedersächsischen Landtag absolviert. Jedoch werden viele Entscheidungen vor Ort in den einzelnen Kommunen getroffen. Ich wollte ein Teil dieser Entscheidungen sein, daher entschied ich, mich für ein kommunalpolitisches Amt zu bewerben.

Ich habe gelernt, dass viele Entscheidungen erst in einigen Jahren sichtbar sind. Nichtsdestotrotz würde ich es Jeder und Jedem empfehlen (besonders auch den Jüngeren) sich in der Kommunalpolitik ehrenamtlich zu engagieren. Nur wenn man aktiv mitredet und auch mal Enttäuschungen hinnimmt, kann man die Gesellschaft voranbringen.



kann mitmachen. Wir brauchen keine repräsentative Demokratie mehr, die das Volk vertritt, weil es nicht ständig anwesend ist und abstimmen kann. Wir sind ständig anwesend. Wir sind alle immer online.

Aber: Habe ich das Wissen? Weiß ich an meinem Handy, was für den Ausbau der Straße spricht, was dagegen? Nein. Ich kann mich ja einlesen! Ja, kann ich. Mache ich aber meist nicht. Wir brauchen Vorbereitung und Spezialisierung.

Bin ich gerade in Stimmung? Beim Frühstück über einen Spielplatz abstimmen, mittags über den Schulstandort und abends über den Gemeindehaushalt? Will ich immer ad hoc etwas entscheiden, ohne Diskussion, ohne Abwägung? Nein. Wir brauchen geordnete Verfahren mit Diskussion, mit Nachfordern von Informationen, mit Auseinandersetzungen.

Sicher ist die Digitalisierung ein Hilfsmittel. Sicher ist Bürgerbeteiligung in bestimmten Fällen angezeigt. Aber

beides kann die repräsentative kommunale Selbstverwaltung nicht ersetzen.

HANDLUNGSFÄHIGKEIT VOR ORT

Insbesondere die Flüchtlingskrise und auch die jetzige Coronakrise haben gezeigt, dass die oberen staatlichen Einheiten vor Ort nicht ohne weiteres handlungsfähig sind. Sie können weder Unterbringung der Geflüchteten noch Impfzentren vor Ort organisieren. Deshalb ist es gut und richtig, wenn wir auch für solche Situationen starke kommunale Einheiten haben.

KOMMUNALPOLITISCHES ENGAGEMENT NOTWENDIG

Doch all dies gibt es nicht einfach so. In den Kommunalwahlen brauchen wir Menschen, die bereit sind, sich einzubringen. Menschen, die Freude haben, Dinge in ihren Gemeinden voranzubringen. Menschen, die Mut und Spaß daran haben, sich auch mal für etwas einzusetzen.

Es wäre schön, wenn Sie dieser Mensch wären!

IMPRESSUM

„Die Niedersächsische Gemeinde“ erscheint sechsmal jährlich. Bezugspreis jährlich 36,- Euro, Einzelpreis 6,- Euro, jeweils zuzüglich Porto. In sämtlichen Verkaufspreisen sind sieben Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Für Mitglieder des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bestellungen an den Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund, 30159 Hannover, Arnswaldstr. 28. **HERAUSGEBER:** Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund. Präsident: Dr. Marco Trips. Chefredakteur: Thorsten Bullerdiek, 30159 Hannover, Arnswaldstr. 28, Tel. 0511 30285-0, Fax 0511 30285-30, nsgb@nsgb.de, www.nsgb.de. **REDAKTION UND ANZEIGENLEITUNG:** Ute Stautmeister, Tel. 0511 30285-15, Fax 0511 30285-815, E-Mail: stautmeister@nsgb.de. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Schriftleitung gestattet. Mit dem Namen des Verfassers veröffentlichte Aufsätze und Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 46. **GESAMTHERSTELLUNG:** W&S Epic GmbH, Schulze-Delitzsch-Str. 35, 30938 Burgwedel, Tel. 05139 8999-0, Fax 05139 8999-50. Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

TITELFOTOS:

links: Kleinkunstfest in der Samtgemeinde Emlichheim 2019 ©Weiden
rechts oben: Konstituierende Ratssitzung in der Gemeinde Grasleben 2016
rechts unten: Rathaus in der Gemeinde Winsen (Aller), Foto: Losch/wikimedia

BESTELLEN UND IN KINDERGÄRTEN UND SCHULEN VERTEILEN:

Was macht meine Gemeinde? – Das Kinderbüchlein

„Das ist toll“, findet Leo. „Entscheidest du das denn alles alleine, wenn du da Chef bist?“
„Nein“, schmunzelt der Bürgermeister.
„Die wichtigen Sachen entscheidet der Rat.“

„Das sind Leute, die wie ich auch gewählt werden und sich einmal im Monat treffen, um besonders wichtige Dinge zu beraten.“

Begleite die Mädchen und Jungen aus dem Kindergarten zusammen mit dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin auf dem Weg durch die Gemeinde. Es wird erklärt, was zu den Aufgaben einer Gemeinde gehört. Das ist ganz schön viel: Kindergärten, Schulen, Sportplätze, Feuerwehr und vieles mehr...



Erhältlich unter
www.nsgb.de

NSGB – Ihr kommunaler Spitzenverband der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden in Niedersachsen!



- Wir vertreten die Interessen der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden gegenüber dem Land Niedersachsen und anderen Institutionen. So kämpfen wir zum Beispiel für weniger Bürokratie, eine bessere Finanzierung von Ganztagschulen und Kindertagesstätten und für mehr Freiheit in der kommunalen Selbstverwaltung.
- In unseren Gremien bieten wir einen Blick über die Gemeinde hinaus und beschließen Positionen für den politischen Kampf um mehr kommunale Selbstverwaltung.

- In unseren Kreisverbänden binden wir ehrenamtliche Ratsmitglieder und hauptamtliche BürgermeisterInnen in die Entscheidungsfindung mit ein.
- Wir beraten unsere Mitglieder in Rechtsfragen. Unser Team steht jederzeit kompetent an der Seite der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden.
- Wir bilden in unserer KommunalAkademie Ratsmitglieder, Bürgermeister und Verwaltung zu aktuellen Themen fort.

NSGB. Sachlich. kommunal.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Die Wasserver- und Abwasserentsorgung ist ein Bereich der klassischen Daseinsvorsorge durch die Gemeinden. In Niedersachsen sind rund 99,4 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an eine zentrale Wasserversorgung angeschlossen. Die Räte bestimmen über Erhaltung und Finanzierung der Infrastruktur und die Erhebung von Gebühren beziehungsweise Entgelten.

„MAN MUSS KEIN VERWALTUNGSPROFI SEIN UND AUCH KEIN JURIST“

Katharina Sommer, seit 2016 Ratsmitglied im Flecken Gieboldehausen

Ich lebe seit 2004 in Gieboldehausen, bin hier aber verwurzelt und habe schon als Kind viel Zeit hier verbracht. Deshalb fiel es mir nie schwer, diesen Ort als meinen Heimatort zu empfinden. Denn das ist wichtig in der Kommunalpolitik, dass man weiß und auch ein bisschen fühlt, für was und vor allem für wen man so ein Amt antritt. Das Wichtigste bei der Arbeit

auf kommunaler Ebene ist der gesunde Menschenverstand. Man muss kein Verwaltungsprofi sein und auch kein Jurist. Die Vorarbeit wird nämlich im Rathaus von ausgebildeten Mitarbeitern geleistet und einem dann als Vorlagen bereitgestellt. Einlesen ist dann angesagt!

„SCHON ALS JUGENDLICHE HABE ICH MICH IN VEREINEN MEINER HEIMATGEMEINDE ENGAGIERT“

Sabine Tippelt, MdL, und Mitglied im Rat des Fleckens Delligsen

Seit 34 Jahren bin ich kommunalpolitisch aktiv. Schon als Jugendliche habe ich mich in Vereinen meiner Heimatgemeinde engagiert. Ausschlaggebend für mein kommunalpolitisches Engagement war ein Fall, als ich mit dem Musikzug der FFW Delligsen keine Erlaubnis für die Turnhallennutzung zur Aufführung eines Konzertes bekommen sollte. Da bin ich aktiv

geworden und habe mich mit Presseartikeln gegen Beschlüsse des damaligen Bürgermeisters gewehrt und anschließend mein Anliegen durchgesetzt. Zu den Highlights meiner Tätigkeit im Gemeinderat gehören unter anderem der Bau des Familienzentrums in Delligsen und die Schaffung von vielen Kindergartenplätzen im ganzen Flecken.

AUFGABEN UND RECHTSSTELLUNG DER RATSFRAUEN UND RATSHERRN

VON OLIVER KAMLAGE



Oliver Kamlage ist Geschäftsführer des NSGB

Die Ratsmitglieder werden von den Bürger*innen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind damit Vertreter*innen der gesamten Bürgerschaft. Vor diesem Hintergrund räumt das Kommunalverfassungsrecht den Ratsmitgliedern in § 54 Abs. 1 NKomVG ein **freies Mandat** ein: Die Ratsmitglieder „üben ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das öffentliche Wohl geleiteten Überzeugung aus. Sie sind nicht an Verpflichtungen gebunden, durch die die Freiheit ihrer Entschliebung als Mitglieder der Vertretung beschränkt wird.“ Eine durch Aufträge und Weisungen Dritter (insbesondere auch Beschlüsse der Parteigremien, Fraktionen oder Gruppen) erzeugte rechtliche Bindung für die Ratsfrauen und Ratsherren ist damit ausgeschlossen, soweit hierdurch die Freiheit ihrer Entschliebung als Mandatsträger*innen beeinträchtigt wird. Auch ist insoweit eine rechtliche Verpflichtung gegenüber den Wähler*innen im Sinne eines imperativen Mandats ausgeschlossen. Der Grundsatz des freien Mandats wird dadurch begrenzt, dass die Ratsmitglieder ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesetze ausüben müs-

sen. Sie sind also an Gesetz und Recht (auch Rechtsverordnungen, Satzungen und anderes Ortsrecht) gebunden und müssen fachaufsichtliche Weisungen beachten.

ZUSTÄNDIGKEITEN DES RATES

Nach der Annahme der Wahl und der ersten Sitzung des Rates in der neuen Kommunalwahlperiode wirken die Ratsfrauen und Ratsherren an der demokratischen Willensbildung des Rates, die durch Abstimmungen (§ 66 NKomVG) oder Wahlen (§ 67 NKomVG) erfolgt, mit. Der Rat ist das Hauptorgan der Gemeinde (§ 45 Abs. 1 Satz 1 NKomVG). Mitglieder sind neben den gewählten Abgeordneten kraft Amtes die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister. Aus der gesetzlichen Zuschreibung des Rates als oberstes Organ der Gemeinde folgt allerdings nicht, dass er für alle Angelegenheiten zuständig ist, die wichtig für die Kommune sind. Die Zuständigkeiten für gemeindliche Aufgaben sind vielmehr auf verschiedene Organe verteilt. Neben dem Rat sind das die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister sowie der Verwaltungsausschuss.

Die Aufgaben, für die der Rat ausschließlich zuständig ist, ergeben sich aus § 58 Abs. 1 und 2 NKomVG. Wie aus dem Wortlaut der Vorschrift („ausschließlich“) folgt, können sie nicht auf die anderen Organe übertragen werden, es sei denn, der Zuständigkeitskatalog lässt dies ausdrücklich ausnahmsweise zu. Beispielsweise kann in der Hauptsatzung festgelegt werden, dass der Rat erst ab einer bestimmten Wertgrenze für Beschlüsse über die Verfügung von gemeindlichem Vermögen zuständig ist (§ 58 Abs. 1 Nr. 14 NKomVG). Unterhalb dieser Schwelle ist dann entweder der Verwaltungsausschuss oder die Bürgermeisterin oder

der Bürgermeister zuständig. Hervorzuheben aus dem Katalog des § 58 Abs. 1 NKomVG sind die Zuständigkeiten des Rates für die grundlegenden Ziele der Entwicklung der Gemeinde (Nr. 1), den Erlass von Satzungen und Verordnungen (Nr. 5), die Erhebung öffentlicher Abgaben (Nr. 7) sowie allgemeiner privatrechtlicher Entgelte (Nr. 8), den Erlass der Haushaltssatzung (Nr. 9) sowie die Errichtung und wesentliche Erweiterung von Unternehmen, Anstalten und wirtschaftlichen Einrichtungen.

FACHAUSSCHÜSSE DES RATES

Der Rat kann nach § 71 Abs. 1 NKomVG aus der Mitte der Abgeordneten Fachausschüsse bilden, die ihn bei seiner Meinungsbildung beraten. Von den gesetzlich vorgeschriebenen Ausschüssen, wie etwa dem Schulausschuss (§ 110 NSchG) oder dem Betriebsausschuss (§ 140 Abs. 2 NKomVG) abgesehen, ist der Rat vollkommen frei in seiner Entscheidung, ob und welche Fachausschüsse er einrichtet. Die Ratsfrauen und Ratsherren können sich mit ihren Interessenschwerpunkten und Kompetenzen in die Arbeit dieser Gremien einbringen. Das Besetzungsverfahren ist in § 71 NKomVG geregelt und stellt nach dem Grundsatz der Spiegelbildlichkeit sicher, dass sich in den Ausschüssen die gleichen Mehrheitsverhältnisse wie im Rat wiederfinden.

FRAKTIONEN UND GRUPPEN

Zwei oder mehr Abgeordnete können sich zu einer Fraktion oder Gruppe zusammenschließen (§ 57 Abs. 1 NKomVG). Auch diese wirken nach § 57 Abs. 2 NKomVG bei der Willensbildung im Rat und seinen Ausschüssen mit und haben damit die Funktion, diesen Prozess in einem gewissen Grad zu steuern und zu erleichtern.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Kultur.

Im Kulturbereich gibt es in Niedersachsen ca. 100 000 Arbeitsplätze, viele in unseren Städten und Gemeinden. Die Städte und Gemeinden sind hierbei besonders gefordert.

RECHTE DER RATSFRAUEN UND RATSHERREN

Niemand darf gehindert werden, das Amt eines Mitglieds des Rates zu übernehmen und auszuüben. Dieses in § 54 Abs. 2 Satz 1 NKomVG enthaltene **Behinderungsverbot** dient einerseits dazu, das Funktionieren des Rates zu gewährleisten, andererseits will es die Ratsfrauen und Ratsherren vor Rechtsnachteilen durch die Mandatsausübung schützen. Im Speziellen (§ 54 Abs. 2 Satz 2 NKomVG) ist es unzulässig, Ratsfrauen und Ratsherren wegen ihrer Mitgliedschaft aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zu entlassen oder ihnen zu kündigen (Entlassungs- und Kündigungsverbot).

Ratsmitglieder haben nach § 54 Abs. 3 Satz 3 NKomVG gegenüber

ihrem Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherrn Anspruch darauf, dass ihnen **die für ihre Tätigkeit notwendige freie Zeit** gewährt wird. Dieser Anspruch auf freie Zeit zur Mandatsausübung besteht für alle Tätigkeiten, die sich aus der Wahrnehmung des Mandats ergeben, also neben der Teilnahme an Rat-, Verwaltungs- und Fachausschusssitzungen auch die Teilnahme an Fraktionssitzungen.

Der Arbeitgeber beziehungsweise Dienstherr hat den Ratsfrauen und Ratsherrn zudem in jeder Wahlperiode **bis zu fünf Arbeitstage Urlaub** zu gewähren, damit sie an **Fortbildungsveranstaltungen** teilnehmen können, die im Zusammenhang mit ihrem Amt stehen. Dieser Anspruch auf Fortbildung erfordert eine solche Veranstal-

tung, die geeignet ist, die Wahrnehmung des Mandats zu erleichtern oder zu verbessern. Neben fachlichen Schulungen gehören hierzu auch Rhetorikkurse und dergleichen. Für die Zeit des Fortbildungsurlaubs steht den Ratsmitgliedern gegen die Gemeinde ein Anspruch auf Ersatz des nachgewiesenen Verdienstausfalls bis zu einem durch Satzung festzulegenden Höchstbetrag zu.

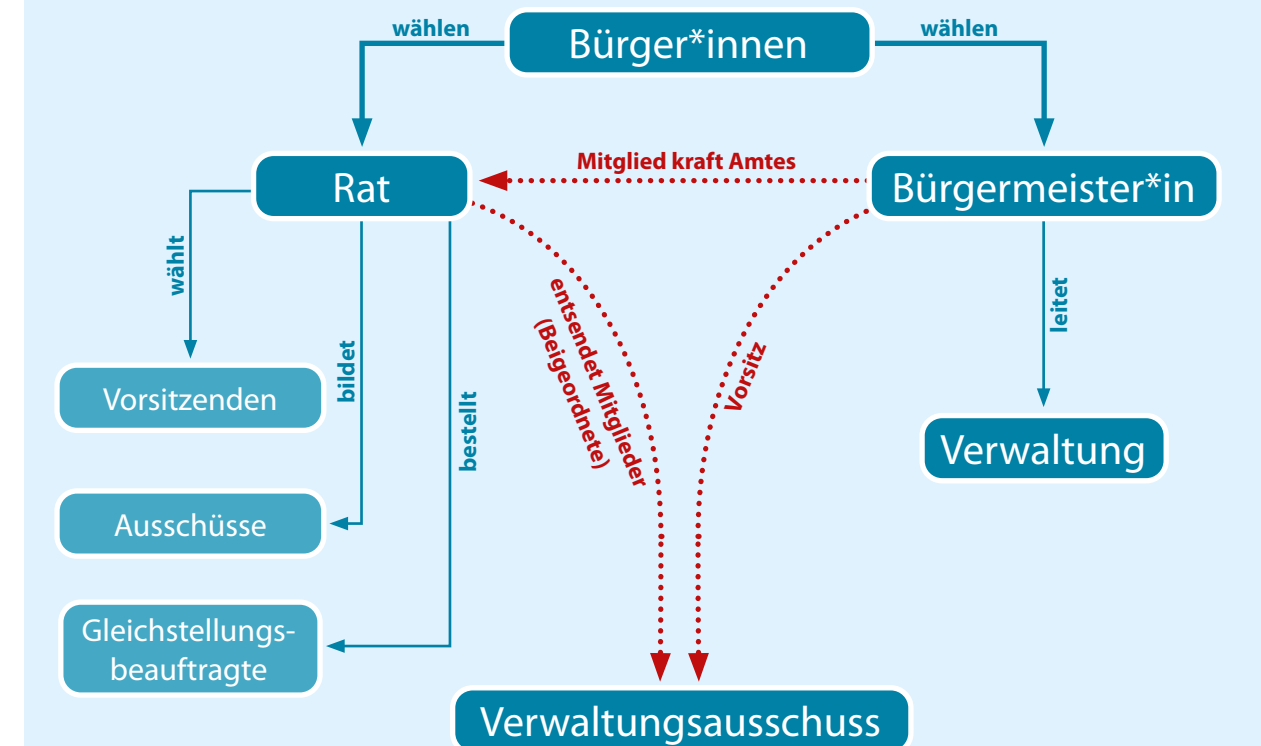
Die Wahrnehmung eines Ratsmandats ist eine ehrenamtliche Tätigkeit und deshalb unentgeltlich. Damit den Ratsfrauen und Ratsherrn daraus keine Nachteile entstehen, haben sie einen **Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung nach Maßgabe des § 44 Abs. 1 und 3 NKomVG**. Dieser beinhaltet den Ersatz der Auslagen ein-

Kommunale Selbstverwaltung heißt...

...als Ratsmitglied oder im Rahmen anderer ehrenamtlicher Tätigkeiten für die Kommune die Entwicklung der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden mitzugestalten.

Ludmillenhof, Rathaus der Samtgemeinde Sögel

SCHEMA DER KOMMUNALVERFASSUNG



schließlich der Aufwendungen für eine Kinderbetreuung und den Ersatz des nachgewiesenen Verdienstausfalls. Bei Personen, die keinen Anspruch auf Verdienstausfall geltend machen können, kann die Entschädigung auch einen angemessenen Pauschalstundensatz als Ausgleich von besonderen Nachteilen im Bereich der Haushaltsführung oder im sonstigen beruflichen Bereich beinhalten, die durch die ehrenamtliche Tätigkeit entstehen. Einzelheiten sind in einer Satzung zu regeln, in der die Ansprüche auf Höchstbeträge zu begrenzen sind.

Den Ratsfrauen und Ratsherrn stehen diverse Mitwirkungsrechte bei der Arbeit im Rat zu, die zum Teil im NKomVG geregelt sind oder aus der Natur der Sache folgen. In diesem

Zusammenhang sind insbesondere zu nennen:

Das **Antragsrecht**, also das Recht jedes Ratsmitglieds, im Rat und in den Ausschüssen, denen es angehört, Anträge zu stellen (§ 56 Satz 1 NKomVG). Dieses Antragsrecht folgt aus dem Status als Mandatsträger*in und besteht bei Anträgen der Ratsmitglieder im Rat, im Verwaltungsausschuss, in den Fachausschüssen sowie in den Ausschüssen nach besonderen Rechtsvorschriften. Es besteht jedoch nicht in den Ausschüssen, in denen das Ratsmitglied lediglich den Status eines Zuhörers hat. Aus Gründen des Minderheitenschutzes benötigt das Ratsmitglied für Anträge nicht die Unterstützung anderer Mitglieder des Rates.

Darüber hinaus kann jede Ratsfrau oder jeder Ratsherr von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten **Auskünfte** in allen Angelegenheiten der Gemeinde verlangen, soweit es sich nicht um solche handelt, die der Geheimhaltung unterliegen (§ 56 Satz 2 NKomVG). Mit dem Auskunftsrecht sollen die Ratsmitglieder in die Lage versetzt werden, den Ablauf der Verwaltungsangelegenheiten zu kontrollieren und sich sachgerecht zu informieren, damit sie Initiativen ergreifen und Vorschläge unterbreiten können. Es ist gerichtet auf die Mitteilung von Tatsachen. Zu Einschätzungen rechtlicher Art oder zur Beurteilung von Sachverhalten verpflichtet die Vorschrift die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister nicht.



SEMINARE FÜR RATSMITGLIEDER

Kommunalverfassungsrecht – Gemeindliche Bauleitplanung – Kommunales Haushaltswesen

SEMINARE FÜR NEU GEWÄHLTE RATSMITGLIEDER UND „ALTE HASEN“ AB NOVEMBER 2021

Sie werden zum ersten Mal in den Rat gewählt und kommunale Themen sind für Sie neu? Sie sind schon länger dabei und möchten Ihr Wissen auffrischen? Die Kommunalakademie des NSGB unterstützt Sie dabei mit Grundlagenseminaren aus der Reihe KomFort – Kommunale Fortbildung für Ratsmitglieder.

**SCHULUNG DURCH
QUALIFIZIERTE UND
ERFAHRENE PRAKTI-
KER*INNEN AUS
NIEDERSÄCHSISCHEN
KOMMUNEN**

VERTIEFENDE VERANSTALTUNGEN IM VERLAUF DER WAHLPERIODE

Etwa mit den Themen „Finanzierung der Gemeinden“, „Windenergie“ oder „Zusammenarbeit in Samtgemeinden“.

ORTSNAH FLÄCHENDECKEND IN GANZ NIEDERSACHSEN ODER PANDEMIEBEDINGT ONLINE

Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt durch Samstagsseminare.

KURZSCHULUNGEN ZU TEILTHEMEN BEREITS VOR DER KOMMUNALWAHL

In zweistündigen Online-Schulungen werden Teilthemen etwa aus dem Kommunalverfassungsrecht oder der Bauleitplanung vermittelt, die eine Auffrischung, Vertiefung oder auch die Vorbereitung auf Interessenschwerpunkte in der nächsten Wahlperiode bieten.

EINLADUNG über
die Verwaltungen
der Mitgliedskommunen des NSGB.

INHOUSE-VERANSTALTUNGEN...
...finden in der Landesgeschäftsstelle
des NSGB statt und können von einer
einzelnen Kommune oder gemeinsam
von mehreren Mitgliedsverwaltungen
gebucht werden.



SEMINARANGEBOTE UND ANMELDUNG

www.kommunalakademie.de
> „Seminare Mandatsträger“

Ansprechpartner*in für KomFort

Daniela Wulf, Tel. 0511 30285-40, E-Mail: wulf@nsgb.de
Thomas Galla, Tel. 0511 30285-68, E-Mail: galla@nsgb.de

WESHALB SICH KOMMUNALPOLITISCHES ENGAGEMENT LOHNT

VON MINISTERPRÄSIDENT STEPHAN WEIL



Stephan Weil

Wenn unsere Demokratie ein menschlicher Körper wäre, dann wäre kommunalpolitisches Engagement sein Lebenssaft. Er nährt die Organe und ist verantwortlich für Austausch und Erneuerung. Er hält als flüssiger Treibstoff den Kreislauf in Schwung und sorgt dafür, dass alles funktioniert. An seiner Zusammensetzung und seinen Werten lässt sich die Verfassung des Gesamtkörpers ablesen. Es braucht weder Ärzt*innen noch Politolog*innen, um festzustellen: Blutleer sind Demokratien dann, wenn sich in den Städten und Gemeinden nur noch wenige engagieren.

Davon sind wir in Niedersachsen glücklicherweise weit entfernt. Bei uns bringen sich viele Menschen landauf, landab mit enormem Engagement ein, übernehmen Aufgaben und Verantwortung, um mitzubestimmen, wie sich ihre Heimat entwickelt. Niedersachsen ist ein Land des bürgerschaftlichen Engagements. Darauf können wir stolz sein. Das gilt für die vielen Vereine und Initiativen, aber auch für den Bereich der Kommunalpolitik, in der Bürgerinnen und Bürger durch ein Ehrenamt unmittelbar am Geschehen mitwirken. Die Grundüberzeugung kommunaler Selbstverwaltung: Demokratische Teilhabe durch die Menschen vor Ort führt zu den bestmöglichen Lösungen vor Ort. Recht und Gesetz misst dem kommunalpolitischen Engagement und der Selbstverwaltung völlig zurecht höchste Bedeutung zu.

Aber, wenn wir gewissermaßen eine Blutprobe abzugeben hätten, müssten wir auch feststellen, dass das kommunalpolitische Ehrenamt herausfordernder wird. Die Aufgaben werden komplexer, die Vorgaben rigider, die Mittel kleiner – so lauten Klagen vielerorts. Der Zeitaufwand für Gemeinde- und Kreistratsarbeit ist gestiegen, was neben

Familie, Hobby und Beruf Kraft kostet. Wirklich neu und nachgerade gefährlich ist es zudem, wenn ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aufgrund ihrer Politik bedroht werden. Wer die Engagierten attackiert, muss mit der Härte des Staates rechnen, der



BÜNDNIS FÜR ZUSAMMENHALT

Wir unterstützen das Bündnis „Niedersachsen hält zusammen“. Der überparteiliche Zusammenschluss von Politik und Zivilgesellschaft dient der Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft während der Coronakrise. Das Bündnis ist eine offene, lebendige und vielfältige Allianz, der sich alle, die für eine freiheitliche, solidarische, tolerante und demokratische Gesellschaft eintreten, anschließen können. Das Bündnis gibt viele Anregungen für Engagement in dieser Krise. Weitere Infos: <https://niedersachsen-haelt-zusammen.de/>

„MEINEM HERZEN AM NÄCHSTEN IST DIE KOMMUNE“

Thomas Adasch, MdL, seit 34 Jahren Mitglied im Gemeinderat Hambühren und
Vorsitzender des Kreistags Celle

Wenn ich über Erfolge oder Ärgernisse in diesen 34 Jahren nachdenke, haben beide mit Schulpolitik zu tun. Im Landtag ist das nicht unbedingt mein Schwerpunkt, aber da sieht man deutlich, was Kommunalpolitik ausmacht: Man kümmert sich um die Dinge, die für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort wichtig sind. Als Vorsitzender des Kreistags Celle und Mitglied des Landtags ist mein politisches

Engagement heute breit aufgestellt. In Hambühren aber schlägt das Herz von alledem. Europa, Deutschland, Niedersachsen, Hambühren – jede Antwort ist richtig. Meinem Herzen am nächsten ist dabei die Kommune, in der ich aufgewachsen bin und heute gern lebe. Dort begann auch mein Weg in die Kommunalpolitik.



31 Kinder nahmen am ersten Kinderfeuerwehrdienst der Gemeinde Ostrhauderfehn (Landkreis Leer) teil. Bürgermeister Günter Harders überreichte ihnen einen kleinen Stoffdrachen.



sich gegenüber seinen Angreifern verteidigt. Wir wissen und schätzen kommunalpolitisches Engagement. Ziel meiner Landesregierung ist es, bestmögliche Bedingungen dafür zu schaffen – und fürs Ehrenamt zu werben.

Denn kommunalpolitisches Engagement lohnt sich. Wer sich vor Ort engagiert, auf den warten vielfältige und spannende Themen. Gewinnbringend ist der Austausch mit Menschen verschiedener Generationen, anderer Herkunft, einem anderen Bildungshintergrund. Kommunalpolitik ist ein Ort,

der gesellschaftlichen Zusammenhalt produziert. Gemeinsam etwas zu bewegen, die Kommune voranzubringen, ist für viele ein Antrieb, Freizeit fürs Ehrenamt aufzuwenden. Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen gebührt ihnen Dank und Respekt.

Richtig ist auch, dass sich kommunales Ehrenamt verändert – so wie sich die Gesellschaft entwickelt, wandelt sich auch das Ehrenamt. Die Augen davor zu verschließen, wäre falsch. Engagement wird loser, spontaner und vor allem digitaler. Auch wenn es manch

altgedientem Engagierten zu schaffen macht, sollten wir die Möglichkeiten nutzen, um neue ehrenamtliche Netzwerke und Gemeinschaften zu bilden und zu forcieren. Gelingt uns das, wird kommunalpolitisches Ehrenamt noch attraktiver – und damit unsere Demokratie fitter.

Stephan Weil

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

„BEI ALLEM STREIT STAND LETZTLICH DAS WOHL DER GEMEINDE IM VORDERGRUND“

Dr. Stefan Birkner, MdL, und Ortsrat in Otternhagen, Stadt Neustadt am Rübenberge

Erstmals bei der Kommunalwahl im Jahr 2006 in eine kommunale Vertretung – in den Rat der Stadt Garbsen und den Ortsrat Osterwald – gewählt, konnte ich erste Erfahrungen in der „parlamentarischen“ Arbeit sammeln, die bis heute wertvoll sind: das Zusammenspiel der verschiedenen politischen Gruppen über

die Parteigrenzen hinweg wie auch die kontroverse Auseinandersetzung mit den politischen Mitbewerbern. Und dabei stand bei allem Streit in der Sache und sicher auch manchen Irrungen und Wirrungen letztlich das Wohl der Gemeinde im Vordergrund, was wiederum auch menschlich verbindet.



„ICH WOLLTE DEN FRAUENMANGEL IN DER POLITIK NICHT NUR BEKLAGEN“

Dr. Silke Lesemann, MdL, und seit 2001 Mitglied im Ortsrat Bolzum und im Rat der Stadt Sehnde, seit 2003 Ortsbürgermeisterin, seit 2018 Vorsitzende des Rates der Stadt Sehnde

Demokratie lebt vom Mitmachen, braucht die Erfahrungen unterschiedlicher Lebensentwürfe. Deshalb und weil ich den Frauenmangel in der Politik nicht nur beklagen wollte, habe ich mich damals als berufstätige Mutter mit zwei kleinen Kindern auf das Abenteuer Kommunalpolitik eingelassen. In meiner mittlerweile langjährigen Tätigkeit als Ortsbürger-

meisterin und Ratsvorsitzende gibt es viele erfolgreiche Projekte, für die ich mich persönlich eingesetzt habe und die wir dann im Orts- oder Stadtrat gemeinsam umgesetzt haben – wie etwa in meinem Heimatort Bolzum der Dorfladen, ein Servicehaus für Senioren und ein Klimazentrum.



FOTO: CHRISTIAN DEGENER

Kommunale Selbstverwaltung ist...

...übers Geld selbst zu entscheiden. Bei ihren Finanzen sind Gemeinden autonom. Die Räte entscheiden eigenverantwortlich, wofür Geld ausgegeben wird und beeinflussen, wer es zahlt.



FOTO: TIMO KLOSTERMEYER/PIXELIO.DE

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Bauleitplanung.

Flächennutzungspläne und Bebauungspläne regeln die bauliche und sonstige Nutzung von Grundstücken in der Gemeinde. Die Gemeinderäte entscheiden mithin über die Entwicklung und Ordnung des Gemeindegebiets.



FOTO: SIEGFRIED FRIES/PIXELIO.DE

WAS WÄRE UNSERE DEMOKRATIE OHNE MENSCHEN, DIE SICH BESONDERS ENGAGIEREN?



Bernd Althusmann ist stv. Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Was wäre unsere Demokratie ohne Menschen, die sich besonders engagieren? Ohne die vielen helfenden Hände in unserem Land? Ob im sozialen Bereich, in der Schule der Kinder oder am Arbeitsplatz: In Deutschland ist die Bereitschaft, sich über Job und Familie hinaus aktiv einzubringen, sehr hoch. Das freut mich natürlich. Denn so nehmen Bürger*innen auf vielfältige Weise am gesellschaftlichen Leben teil und gestalten die Gemeinschaft maßgeblich mit!

Ich bin in einem evangelischen Pfarrhaus quasi mit ehrenamtlicher Tätigkeit aufgewachsen. Das hat mich sehr geprägt. Ich würde das politische Ehrenamt in den Kommunen hier ein-

reihen. Denn jemand, der sich für eine solche Tätigkeit entscheidet, will etwas bewegen, will unsere Gesellschaft besser machen. Ehrenamt ist eine Haltung, ist Ehre und Amt zugleich. Und das ist zeitaufwendig. Wer allein Beruf und Familie vereinbaren will, steht oft genug schon vor einem Spagat. Für Sitzungen in Gemeinde-, Stadtrat oder Ortsrat können auch ohne herausgehobenes Amt viele Wochenstunden zusammenkommen. Das bedeutet lange Abende und auch zahlreiche Termine am Wochenende.

Manchmal fehlt es gar an Anerkennung, wo es vielleicht bei Tätigkeiten im sozialen Bereich hier und da noch ein „Danke“ gibt. Ich jedenfalls bin dankbar für jeden, der sich politisch engagiert. Es ist wichtig, welche Schwerpunkte bei der Gestaltung einer Gemeinde gesetzt werden. Es ist wichtig, wo die neue Fußgängerampel hinkommt oder der Zebrastreifen. Jede getroffene Entscheidung erhält aber auch Kritik. Es beeindruckt mich nach eigenen zwölf Jahren im kommunalpolitischen Ehrenamt, was Kommunalpolitiker*innen allerorts so leisten. Das kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Wer sich entscheidet, hier tätig zu werden, erwartet jedoch keine Lobreden. Der will mitwirken.

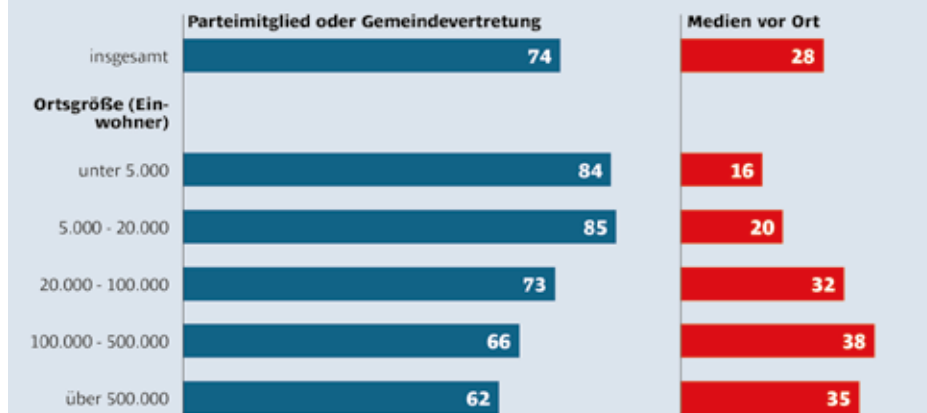
AUF DEM WEG ZUR INNENSTADT 5.0

Die Innenstadt ist leer. Durch den 2020 ausgebrochenen Coronavirus müssen überall die Läden, Cafés und Restaurants schließen. Trotz aufwändiger Hilfsprogramme werden nicht alle Betriebe überleben. Gearbeitet wird daheim, der Verkehr wird weniger, die Luft besser, aber manch lieb gewordene Infrastruktur gestrichen. Wenn die Läden und Gastronomie wieder öffnen, werden dennoch viele Kundinnen und Kunden sowie Besucher*innen wegbleiben. Die Arbeitsplätze wandeln sich. Homeoffice und Coworking Space werden ihren Aufschwung aus der Corona-Zeit fortsetzen. Wer nicht in der Stadt arbeitet, kauft dort nicht ein, trinkt keinen Kaffee, isst keine belegten Brötchen und besucht weder Restaurants noch Kaufhäuser. Oder noch härter: Wer beruflich nicht dort ist, bleibt auch privat fort. Eine Lösung muss her: die Innenstadt 5.0. Im Jahr 2021 müssen wir Unmögliches möglich machen! In DNG 2/2021 setzen wir uns mit dem Thema ausgiebig auseinander.

Thorsten Bullerdiek

ANSPRECHPARTNER VOR ORT

Es würden sich wenden an...



QUELLE / forsa; Angaben in Prozent

Quelle: kommunal.de. 5/2019

Corona hat auch diese Tätigkeiten durcheinandergebracht, teilweise zum Guten. Denn die Pandemie führt dazu, dass wir vieles digital gestalten. Das eröffnet neue Möglichkeiten. Auch die Sozialen Medien wie Facebook, Twitter, Instagram vereinfachen die politische Teilhabe und verändern unsere Arbeit im Parlament. Informationen verbreiten sich schneller, ebenso schnell werden auch aktive Politiker*innen auf allen Ebenen zu Reaktionen gedrängt, wenn im Internet der „Shitstorm“ tobt und sich die Ereignisse überschlagen.

Für 2021 wünsche ich mir noch mehr Anreize, damit junge Menschen sich stärker in die politische Arbeit in den Kommunen einbringen. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist von hoher Bedeutung, um mehr Frauen für die Politik auch im Ehrenamt zu gewinnen. Da müssen wir jetzt Platz schaffen für neue Ideen und Lösungen. Durch das aktive Miteinander der Generationen, wo frische, unverbrauchte Ideen auf große Lebenserfahrung treffen, kommen wir als Gemeinschaft voran. Wir sehen das beim Thema

Klimaschutz: Das treibt besonders junge Menschen um, denen wir zuhören und denen wir Raum geben sollten. Dazu kommt das vorhandene Know-how, dass es wirtschaftlich machbar sein muss. Gemeinsam brauchen wir eine Vision bis 2030.

Bitte bleiben Sie am Ball – oder probieren Sie es einfach mal aus...

Herzlichst
Ihr Bernd Althusmann

„ICH MÖCHTE DAMME NOCH ATTRAKTIVER MACHEN“

Ruth Bresser, seit 2011 Mitglied im Rat der Stadt Damme, seit 2016 stellvertretende Bürgermeisterin

Politik und politisches Arbeiten haben mich schon immer interessiert. Besonders Kommunalpolitik finde ich spannend. Meine Motivation war und ist es, meine Heimatstadt Damme aktiv mitzugestalten. Ich möchte Damme noch attraktiver machen, damit Menschen hier gerne leben, eine Familie gründen, arbeiten, ein Haus bauen und hier ihre Freizeit gestalten. An vielen Herausforderungen in Damme durfte ich in den letzten Jahren mit-

arbeiten. Die Anfänge als neues Ratsmitglied waren nicht einfach. Ich musste mich in viele Themen einarbeiten, meinen Platz in Fraktion und Ausschüssen finden, wollte nichts verkehrt machen und das Vertrauen meiner Wähler nicht enttäuschen. Dabei haben mir viele Ratskollegen geholfen, auch parteiübergreifend. Ebenfalls die Mitarbeiter der Verwaltung, allen voran der Bürgermeister, haben mich immer unterstützt.

„POLITIK MIT HERZ UND VERSTAND“

Marion Daniel, seit 22 Jahren im Gemeinderat der Gemeinde Ganderkesee

Auf die Frage, wie ich Berufstätigkeit, Politik und eine sehr aktive Großfamilie denn zeitlich unter einen Hut bekomme, antworte ich gerne mit der Gegenfrage. „Warum wird diese Frage eigentlich so häufig mir, aber kaum meinen männlichen Kollegen gestellt?“ Es wird bei allen gleich sein: Spaß an der Tätigkeit, strukturierte Terminplanungen und mit der Unterstützung der Familie ist fast alles machbar. Möglicherweise gab

es genauso viele oder mehr Enttäuschungen bei den Umsetzungen von Projekten wie persönliche Erfolge, aber wenn auch nur ein kleiner Teil meiner Visionen in ein Projekt mit eingeflossen ist, dann haben sich die Arbeit und der Einsatz gelohnt. „Politik mit Herz und Verstand“ ist mein Motto für diese ehrenamtlichen Tätigkeiten.



DAS (BUNDESTAGS-) WAHLJAHR 2021 AUS KOMMUNALER PERSPEKTIVE

VON DR. GERD LANDSBERG



Dr. Gerd Landsberg ist
Hauptgeschäftsführer des Deutschen
Städte- und Gemeindebundes

Kommunale Spitzenverbände sind keine „gewöhnlichen“ Interessenvertretungen. Bei immer komplexeren Gesetzen und komplizierteren Sachverhalten sind detaillierte Fachkenntnisse notwendig, um deren Auswirkungen am Ende auch beurteilen zu können. Diese fachliche Tiefe können sich selbst Fachpolitiker*innen nicht aneignen. Hierzu braucht es Fachverbände, wie den Deutschen Städte- und Gemeindebund und seine Mitgliedsverbände, die die Erkenntnisse aus

der Praxis in den parlamentarischen Betrieb bringen und so für eine bessere und ausgewogene Gesetzgebung sorgen. Diese Form des „Lobbyismus“ ist für die Demokratie von besonderer Bedeutung und erhöht die Qualität politischer Entscheidungen.

Damit sind die kommunalen Spitzenverbände ein wichtiges Korrektiv aus der Lebenswirklichkeit der Bürger*innen bei der Gestaltung von Gesetzen auf Bundes- und Landesebene.

THEMATISCHER AUSBLICK AUF 2021

Die Lebenswirklichkeit in Deutschland und weltweit wird noch über Monate vor allem durch die Corona-Pandemie und ihre Folgen geprägt sein. Deutschland hat im Jahr 2020 die größte Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt. Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie für die Menschen und für die Wirtschaft stellen unser Land vor immense Herausforderungen. Besonders die kommunalen Haushalte sind sehr stark betroffen. Wegbrechende Steuereinnahmen bei

gleichzeitig steigenden Ausgaben reißen tiefe Löcher in die kommunalen Kassen. Auch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise auf den Arbeitsmarkt werden sich in steigenden Ausgaben für soziale Leistungen niederschlagen.

Gleichzeitig steht zu befürchten, dass sich das Gesicht unserer Innenstädte und Ortskerne nachhaltig verändern wird. Viele Einzelhändler*innen, Gastronomiebetriebe und kulturelle Einrichtungen haben massiv unter den monatelangen Schließungen gelitten. Trotz staatlicher Unterstützung werden nicht alle durchhalten. Das hat massive Auswirkungen auf die Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Kommunen.

Fest steht bereits jetzt, dass die Städte und Gemeinden nach der Krise in der Lage sein müssen, zu investieren, um dringend notwendige Konjunkturimpulse zu setzen. Dafür braucht es die Unterstützung von Bund und Ländern. Es wäre fatal, gegen die Krise ansparen zu wollen. Bereiche für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen gibt es genug: Digitalisierung und digitale Infrastruktur, Umbau der Innenstädte und Ortskerne, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung und weitere dringend notwendige Vorhaben, die seit vielen Jahren nicht realisiert werden konnten.

Um den Konjunkturmotor nach der Krise anwerfen zu können und die hoffentlich vorhandenen Mittel auch schnell investieren zu können, brauchen wir Entlastungen bei Bürokratie und Vergaberecht. Ein Vorbild kann das Konjunkturpaket nach der Finanzkrise im Jahr 2009 sein, bei dem eine große Zahl an bürokratischen Hürden beiseite geräumt wurde. Mit starken und handlungsfähigen Städten und Gemeinden

wird es gelingen, auch die Folgen der Pandemie zu überwinden.

RENAISSANCE DER KOMMUNALEN SELBSTVERWALTUNG

Denn auch in dieser Krise liegen Chancen. Die Menschen haben die Erfahrung gemacht, dass man eine derartige Bedrohungssituation besser durchsteht, wenn sie zusammenhalten. Es hat sich auch gezeigt, dass Bund, Länder und Kommunen – also der Staat insgesamt – funktioniert. Er hat Hilfe nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Menschen, organisiert und geleistet. Das hat zu einem großen Vertrauensgewinn gegenüber den staatlichen Ebenen, vor allem vor Ort in den Kommunen, geführt. Wenn es

weiter gelingt, mit starken Städten und Gemeinden vor Ort diesen Weg weiter zu gehen kann daraus eine Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung entstehen.

In Zukunft muss es auch verstärkt darum gehen, dass wir das gemeinsame Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland konsequent weiter vorantreiben. Die Krise hat die Spreizung zwischen armen und reichen Regionen verstärkt. Bei allen neuen Gesetzen und Verordnungen sollte künftig geprüft werden müssen, ob dieses Vorhaben das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse fördert. Wichtig wäre zudem, dass sich der mediale und politische Scheinwerfer nicht immer wieder ausschließlich auf die

wenigen Metropolen in Deutschland richtet. Die Mehrheit der Menschen lebt eben nicht in Großstädten, sondern in den weniger dicht besiedelten Regionen und ländlichen Räumen. Ob Verkehrschaos oder Wohnraumfragen – all dies wird in der Öffentlichkeit vorrangig unter dem Aspekt der Metropole gesehen. Wir müssen, etwa bei allen neuen Verkehrskonzepten, stattdessen vielmehr im Blick haben, dass Stadt und Land voneinander profitieren. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zum Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Aus eigener Kraft werden allerdings nur besonders finanzstarke Städte und Gemeinden die notwendigen Investitionen auf den Weg bringen können. Im Hinblick auf die zu erwar-



Kommunale Selbstverwaltung ist...

...alle in Bewegung zu bringen.

Gemeinden sorgen für sportliche Betätigung. Sie stellen ihren Einwohner*innen die erforderlichen Sportstätten bereit.

Eröffnung eines multifunktionalen
Minispielfeldes in der Samtgemeinde
Grasleben

tenden geringeren Steuereinnahmen müssen die Kommunen finanziell gestärkt werden, damit zentrale Arbeitsfelder jenseits der pandemiebedingten Herausforderungen nicht vernachlässigt werden müssen. Deshalb fordern wir für das Jahr 2021 einen weiteren Rettungsschirm zum Ausgleich von Gewerbe- und Einkommenssteuerverlusten. Zugleich warnen wir davor, gerade in den Wahlkämpfen 2021 immer neue und kostenintensivere Versprechungen zu formulieren und zu fordern. Die richtigen und umfangreichen Hilfsmaßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen haben oftmals den Eindruck vermittelt, der Staat könne alles und überall leisten.

Etwa bei neu angekündigten Rechtsansprüchen wird regelmäßig verkannt, dass der Staat nur das verteilen kann, was er vorher über Steuern eingenommen hat. Hier brauchen wir eine Trendwende und das ehrliche Eingeständnis, dass die Corona-Krise uns finanziell dauerhaft und nachhaltig fordern wird. Vieles, was wünschenswert ist, ist nicht finanzierbar.

Die Pandemie ist noch nicht vorbei, die Folgen sind noch nicht in ihrer

Gesamtheit abzuschätzen. Dennoch sollte bei allen Schwierigkeiten, die auch für dieses Jahr noch zu erwarten sind, nicht aus dem Blick geraten, dass Krisen durchaus auch eine Chance sein können. Es liegt an den Bürger*innen sowie an einer gemeinsamen Kraftanstrengung. Mit einem starken Zusammenhalt in den Kommunen, einem Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa und zu unseren Werten, werden wir die Zukunft gewinnen.



BESUCHEN SIE
DEN **NSGB** AUF
FACEBOOK



www.facebook.com/NSGB1

ONLINE-SITZUNG DES SCHUL- UND KULTURAUSSCHUSSES

Der Schul- und Kulturausschuss ist einer der sieben ständigen Ausschüsse des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB). Die 19 Mitglieder des Ausschusses werden durch die Bezirksverbände bestimmt. In den Ausschüssen besteht die Möglichkeit für Ratsmitglieder, sich überörtlich innerhalb des NSGB zu engagieren.

In der Sitzung am 19. November 2020 stellte Mario Jansen die Initiative des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Hannover und der Landesunfallkasse Niedersachsen (GUVH/ LUKN) zur Schulwegsicherheit vor. Der Ausschuss sprach sich dafür aus, dass der NSGB an einer für nächstes

Jahr geplanten Fachtagung für mehr Schulwegsicherheit als Mitveranstalter mitwirkt.

Die Geschäftsstelle informierte durch Dr. Alice Martens über den Stand der Gespräche mit dem Ministerium über die vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel zur EDV-Administration an Schulen im Rahmen des Digitalpakts und zur Ausstattung von Lehrkräften mit mobilen Endgeräten. Es zeigte sich, dass die Administrationskosten bereits vor dem Digitalpakt für die Computerausstattung in Schulen zugenommen haben. Der geplante Maßnahmenbeginn am 3. Juni 2020 für Mehrkosten bei der IT-Administration wurde von den

Ausschussmitgliedern als zu spät eingeschätzt. Das Thema Lüften in Schulen wurde ebenfalls diskutiert und die Ergebnisse einer Umfrage bei den Verbandsmitgliedern vorgestellt.

Zum Ausbau von Ganztagschulen informierte Marco Mensen vom NSGB über die geplante Förderrichtlinie des Landes und den Stand der Bund-Länder-Gespräche zum geplanten Rechtsanspruch, bei dem unter anderem die Frage der Folgekosten zwischen Bund und Ländern streitig sei.

Die Sitzungsteilnehmer*innen tauschten sich außerdem über aktuelle, pandemiebedingte Entwicklungen im Kulturbereich aus.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Umwelt- und Klimaschutz vor Ort.

Ob Sanierung kommunaler Gebäude, klimafester Umbau der Wälder, Unterstützung der Verkehrswende oder Beiträge zur Artenvielfalt durch Verzicht auf Schottergärten. Die Betätigungsfelder in Sachen Umwelt- und Klimaschutz sind nahezu unbegrenzt. Abgerundet und ergänzt wird dies, wenn alle Aktivitäten der Kommune auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

Kommunalpolitiker*innen der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelporten befüllen ein Insektenhotel während eines Bürgerfestes

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Schulträgerschaft.

Die Gemeinden und Samtgemeinden sind Schulträger der Grundschulen und tragen damit unter anderem die Kosten für die Schulgebäude und Ausstattung. In Niedersachsen besuchen rund 280 000 Schüler*innen die Grundschulen. Bezüglich Digitalisierung und Ausbau der Ganztagesbetreuung entscheiden die Gemeinden konkret über die Ausgestaltung ihres Schulangebots.

POLITIK MUSS GESPRÄCHS- THEMA IM SUPERMARKT SEIN

Von Benjamin Lassiwe

Am Ende waren es 47 Prozent. Bei der Wahlbeteiligung lag die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, die im Mai 2018 stattfand, sogar knapp über dem Urnengang von 2013: Damals hatten nur 46,7 Prozent der Wähler ihre Stimme abgegeben. Doch das kleine Plus darf nicht täuschen: Noch im März 1994 hatten rund 70 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl der Kreistage und Gemeindevertretungen teilgenommen. Ganz ähnlich war es 2016 in Hessen. Die Wahlbeteiligung geht zurück, und das auch und gerade bei den Kommunalwahlen. Nicht einmal jeder zweite Wähler gibt noch seine Stimme ab, wenn es um Gemeindevertreter oder Kreistagsmitglieder, Ortsbeiräte oder ehrenamtliche Bürgermeister geht. Wie lassen sich solche Ergebnisse steigern? Und was können Kommunen und vor allem Kandidaten gegen solche Befunde unternehmen?

„Man sollte denken, dass die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen höher wäre“, sagt Christian Martin. Der Professor für Politikologie an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel hat sich intensiv mit dem kommunalen Wahlsystem im nördlichsten deutschen Bundesland beschäftigt. „Die Kommunalpolitik ist mit ihren Themen schließlich viel dichter an den Menschen dran.“ Doch spätestens seit den 1990er-Jahren sinkt die Wahlbeteiligung auf kommunaler Ebene noch deutlich stärker

als bei Bundes- oder Landtagswahlen. „Während früher einmal der Abstand bei etwa 15 Prozent lag, sind es mittlerweile oft schon 30 Prozent weniger Wähler, die bei Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben.“

Aus Sicht von Martin könnte die sinkende Wahlbeteiligung mit einer Depolitisierung auf der kommunalen Ebene zusammenhängen. Denn hier werde oft über sehr konkrete Dinge entschieden. Bei Kommunalwahlen gehe es nicht um ideologische Differenzen. „Der Wähler fragt sich: Wer löst die Probleme in unserem Ort am besten? Wer sorgt dafür, dass die Müllabfuhr pünktlich kommt?“, so Martin. Dass an dieser These etwas dran ist, zeigt aus Sicht des Kieler Politikologen auch die wachsende Zahl der Wählergruppen und Wählervereinigungen, die bei Kommunalwahlen Erfolge erringen. Zuweilen konzentrierten sich diese Gruppen lediglich auf ein einzelnes politisches Thema. „Die Parteizugehörigkeit von Kandidaten macht oft keinen Unterschied“, meint der Politikologe. „Auf kommunaler Ebene sind solche Labels oft viel weniger aussagekräftig.“ Es gehe vor Ort meist um Sachfragen, und wer dafür die besten Lösungsansätze habe.

„Löst die Probleme vor Ort“, rät der Kieler Wissenschaftler Wahlkämpfern in den Kommunen. „Macht Haustür-Wahlkampf, spricht mit den Leuten ganz konkret über die Bedeutung der anstehenden Wahlen.“ Nichts wirke besser, um die Wahlbeteiligung anzuheben, als der ganz direkte Kontakt mit dem Wähler: „Gehen Sie hin, die anderen in Ihrer Straße machen das auch!“ Wichtig sei auch die Zahl der Kandidaten vor Ort. „Ein engagierter Wahlkampf mehrerer glaubwürdiger Kandidaten kann die Wahlbeteiligung erhöhen“, so Martin. Denn Wahlen seien



für Wähler immer dann interessant, wenn über sie im Alltag gesprochen werde – an der Kasse im Supermarkt, in der Schule nach dem Elternabend, beim Training im Sportverein oder beim Schulungsabend der Freiwilligen Feuerwehr. Wenn es vor Ort ein Thema gebe, was kontrovers diskutiert werde – etwa eine Straße, die ausgebaut werden soll, oder ein neu zu bauendes Dorfgemeinschaftshaus trage auch das dazu bei, dass mehr Menschen zur Wahl gingen. Dort, wo Kommunalpolitik dagegen vor allem im stillen Kämmerlein stattfindet, beteiligten sich weniger Menschen.

Gefährlich für die örtliche Wahlbeteiligung ist aus Sicht von Christian Martin auch die Bildung von Großgemeinden und Ämtern. Denn Kommunalwahlen lebten davon, dass der Bürger die Kandidaten kennt. „Kleinere Gemeinden neigen seit Jahren zu einer höheren Wahlbeteiligung“, sagt der Kieler Professor. „Die Bindungswirkung der Gemeinden ist hier höher ausgeprägt: Man kennt einander, man vertraut den Kandidaten stärker.“ Gemeindefusionen führten oft eher zu Bürgerferne. Problematisch seien auch manche komplizierten Wahlsysteme. „Durch Kumulieren und Panaschieren entstehen in man-

chen Bundesländern Wahlzettel, die den Wähler schlicht überfordern“, so seine Erfahrung. „Hier muss man sich fragen, wo die Grenze ist, was der Bürger eigentlich noch leisten kann.“ Ein besonders krasses Beispiel dafür war die Kommunalwahl 2016 in Frankfurt am Main. Die Größe des Stimmzettels ließ sich damals bereits in Quadratmetern berechnen: 0,876. Zwanzig Listen mit bis zu 93 Kandidaten sorgten für einen Stimmzettel von 1,43 Metern Breite. Und auch in München gab es schon einen Stimmzettel von 1,38 Metern Breite und 60 Zentimetern Höhe. Wer soll da eigentlich noch den Überblick behalten?

Ganz ähnlich äußert sich dazu auch der Münsteraner Politikwissenschaftler Norbert Kersting. Er hat an der Westfälischen Wilhelms-Universität den Lehrstuhl für „Vergleichende Poli-

Norbert Kersting ist Politikwissenschaftler und hält die Personalisierung für ein Schlüsselrezept bei Kommunalwahlen



tikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Kommunal- und Regionalpolitik“ inne. „Bei vielen Wählern gilt die Kommunalwahl als Wahl zweiter Klasse, die Europawahl sogar als Wahl dritter Klasse“, so seine Forschungen. „Die Menschen sehen oft nicht, was die Kommunen alles leisten – dass dort zum Beispiel 80 Prozent aller Gesetze praktisch umgesetzt werden.“ Und die bei den Kommunalwahlen antretenden Parteien seien oft pragmatisch unterwegs. Sie fänden sich mit der geringen Wahlbeteiligung ab, investierten oft nur wenig Geld in die Mobilisierung ihrer Hochburgen und in die Vorbereitung der Urnengänge. „Dabei müssen sie auch bei einer Kommunalwahl zwei Dinge schaffen. Sie müssen den Wähler an die Urne bringen und dafür sorgen, dass er das aus ihrer Sicht Richtige wählt.“ Eine Modernisierung des Kommunalwahlkampfes hat nur sporadisch stattgefunden. Wahlkampfinstrumente wie (Micro-)targeting sind hier kaum angekommen oder sind eher kontraproduktiv (wie etwa beim Negative Campaigning). Die zentrale Strategie für eine Kommunalwahl ist aus Sicht des Münsteraner Wissenschaftlers die Personalisierung. „Denn durch die räumliche Nähe zum Wähler sind die Kandidaten viel stärker bekannt. Es kommt auf die Glaubwürdigkeit der Menschen vor Ort an.“

Ein Problem der Kommunalwahlen sei, dass die Kandidaten selbst dafür sorgen müssten, dass Kommunalpolitik und die Wahl vor Ort zum Gesprächsthema werde. Was bei Bundestagswahlen die überregionalen Medien übernehmen oder bei Landtagswahlen die regionale Presse, fehlt oft vor Ort. „Manchmal wird einem Bewerber nichts anderes übrigbleiben, als selbst mit Anzeigen in den Lokalzeitungen oder durch gute Auftritte in den sozialen

Netzwerken auf sich aufmerksam zu machen“, sagt Kersting. Vor neuen Wegen, sich vor Ort bekannt zu machen, sollte jedenfalls niemand Scheu haben. Von der niedrigen Wahlbeteiligung herausgefordert sind freilich auch die politischen Parteien. „Ein Patentrezept, um Menschen zur Wahlteilnahme zu bewegen, gibt es nicht“, sagt Manfred Sternberg, Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK). Jeder Kandidat müsse sich der Situation vor Ort anpassen: Wer in einer Karnevalshochburg lebe, sei gut beraten, zum Karnevalsverein zu gehen und dort mit den Menschen zu reden. Und wo der Schützenverein der Träger des Vereinslebens vor Ort ist, gelte das entsprechend. „Es ist ein wichtiges Thema, wie bekannt die Kandidaten vor Ort sind“, meint Sternberg. Und dabei dürfe nicht der Fehler gemacht werden, nur auf die letzten vier Wochen vor der Wahl zu blicken. „Da schafft man es dann auch nicht mehr, den nötigen Bekanntheitsgrad zu erlangen.“

Was die Wahlbeteiligung betrifft, sei es wichtig, den Menschen deutlich zu machen, dass überhaupt eine Wahl stattfindet. „Alle Aktionen im öffentlichen Raum sind da von Bedeutung“, meint Sternberg. Das gelte für klassische Wahlplakate ebenso wie für Wahlkampfstände. „Und ich finde das eher traurig, aber am meisten werden Menschen von negativen Schlagzeilen mobilisiert“, so der SGK-Bundesgeschäftsführer. „Die öffentliche Wahrnehmung von Politik steigt immer dann, wenn es irgendwo einen Skandal gegeben hat oder irgendwas gründlich schiefgelaufen ist.“ Dann würden Wähler mobilisiert, dann entstehe ein Gefühl, dass Veränderung nötig sei und dann würden Menschen auch wählen gehen.

Quelle: Kommunal. 4/2019

Christian Martin hält Eingemeindungen und Gebietsreformen für eine Gefahr für die Demokratie



KOMMUNALWAHLEN

WAHLKAMPFTIPPS FÜR
KOMMUNALPOLITIKER

Social Media nicht vergessen! Seien Sie präsent auf Facebook, Instagram & Co.!

Klingeln putzen gehört zum Handwerk

Das direkte Gespräch ist das wohl wichtigste Instrument vor Ort. Hier kennen einen viele Menschen, sie müssen aber auch angesprochen werden. Der Infostand ist und bleibt effektiv, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen und Sympathie aufzubauen. Noch effektiver ist der Haustürwahlkampf. Er dient nicht dazu, Menschen von etwas zu überzeugen. Es geht darum, Vertrauen aufzubauen. Daher die Gespräche sehr kurz und bestimmt halten, gerne mit einem Flyer, in dem Sie Ihre wichtigsten Ziele erläutern. So kommen Sie auch nicht „mit leeren Händen“. Längere Diskussionen sind hier jedoch fehl am Platz. Kurz und bestimmt horchen, welche Themen den Bürgern auf der Seele brennen. Sie brauchen nicht auf alles eine Antwort, sollten aber die Bereitschaft zeigen, sich um das Problem zu kümmern. Zuhören ist hier wichtig! Aber kein Gespräch länger als 3 Minuten! Schauen Sie anhand früherer Wahlergebnisse auch, in welchen Straßenzügen Sie besonders viele Sympathisanten antreffen können.

Zur Person

KOMMUNAL-Chefredakteur Christian Erhardt hat mehrere Wahlkämpfe organisiert und ist selbst seit 2008 Stadtrat und Kreistagsabgeordneter. Folgen Sie ihm auf Twitter unter twitter.com/kommunalde

Das Internet nicht unterschätzen

6,5 Stunden am Tag ist der Durchschnittsdeutsche online. Eine eigene persönliche Webseite macht vor allem in Bundesländern Sinn, Personen direkt gewählt werden können. Vorname.Nachname.de ist weiter die einfachste Methode. Stellen Sie sich dort persönlich vor, sagen Sie, was Sie vor Ort bewegt, was Sie in Ihrer Gemeinde verbessern wollen. Verzichteten Sie dabei als Ehrenamtler auf das sonst leider übliche „Partei-Deutsch“, werden Sie nahbar und sympathisch. In der Kommunalpolitik wünschen sich die Bürger mehrheitlich keinen Streit, sondern Konsens und Lösungsvorschläge. Also kein „Gejammer“ über die anderen Parteien, die etwas verhindert haben. Treten Sie nicht GEGEN jemanden, sondern FÜR etwas an und ein!

Das gute alte Papier

Im klassischen Briefkasten landen inzwischen fast nur noch Rechnungen. Umso größer ist die Aufmerksamkeit, wenn der Bürger dort einen persönlichen Wahlaufruf findet. Klassisch in einem Briefumschlag, am besten „personalisiert“ oder „teilpersonalisiert“ (also etwa: An alle Unternehmer, an alle Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr etc.). Auch die Postzulieferer bieten solche Dienste an, günstiger ist es aber natürlich, zusammen mit weiteren Freiwilligen Steckaktionen in der Gemeinde zu organisieren. So werden Sie vom Wähler auch im Straßenbild wahrgenommen. Auch Postkarten und Flyer sind natürlich Alternativen.

Anzeigen in lokalen Medien

Über klassische Printzeitungen erreichen Sie weiter viele Menschen – insbesondere viele ältere Wähler. Ob Lokalzeitung oder Anzeigenblatt ist hierbei Geschmackssache und eine Frage der Kosten. In einigen Regionen gibt es auch lokale TV- und Radiosender. Hier können Sie mit einem Spot die Bürger sehr viel persönlicher ansprechen und den produzierten Spot auch für Ihre Online-Aktivitäten nutzen. Allerdings: Diese Form der Werbung ist zumeist mit höheren Kosten verbunden, bietet sich eher bei Kreistagswahlen oder in größeren Städten an.

Kein Wahlkampf ohne Plakat

Plakate signalisieren den Bürgern, mit welcher Botschaft Sie zur Wahl antreten. Zudem können Sie sich mit einem guten Foto deutlich bekannter machen. Verzichteten Sie auf allgemeine, wenig aussagekräftige Phrasen wie „Frischer Wind für unsere Gemeinde“. Gehen Sie mit einer konkreten Botschaft ins Rennen (zum Beispiel: „Schaffen wir mehr Parkplätze in der Innenstadt“). Das Plakat sollte immer eine individuelle Note haben und sich von allgemeinen „Parteiplakaten“, wie etwa zur Europawahl, absetzen. Vor Ort erwarten die Menschen keine „Profi-Politiker“, sondern Ehrenamtliche „von nebenan“. Das bedeutet für das Bild auch: „Verkleiden Sie sich nicht“...kennt man Sie eher im Pullover, zwingen Sie sich fürs Plakat nicht in einen Anzug. Authentisch muss es sein, auf den Wiedererkennungswert im Supermarkt oder in der Fußgängerzone kommt es an.

Ohne Moos nix los

Gerade zu Wahlkampfzeiten gibt es viele Menschen, die zwar nicht selbst aktiv werden möchten, einen Kandidaten aber gerne finanziell unterstützen. Dazu braucht es eine gute und frühzeitige Ansprache. Möglichkeiten sind die Einbindung einer Spendenoption auf der Webseite, ein Brief oder eine Mail an mögliche Sympathisanten, persönliche Gespräche mit potentiellen Unterstützern oder eine Veranstaltung. Das kann vom Skat-Abend (mit freiwilliger Spende statt Eintritt) bis zum Kuchenbasar am Markttag reichen. Wichtig: Sind Sie Mitglied einer Partei, klären Sie vorher mit Ihrem Schatzmeister die rechtlichen Möglichkeiten ab. Spenden sind immer möglich, müssen aber „freiwillig“ sein, für klassische „Einnahmen“ (etwa beim Kuchenverkauf) gelten strenge Regeln.

„BESONDERS DIE VIELFÄLTIGKEIT REIZT MICH“

Ditte Höfel, seit 2016 in Gemeinderat Dötlingen und Fraktionsvorsitzende

Es macht mir sehr viel Spaß, fordert mich und erfüllt mich mit Stolz, direkt vor Ort die Dinge mitzubestimmen, eigene Ideen einzubringen und zusammen mit den Menschen aus der Gemeinde etwas zu verändern. Man weiß, warum etwas in der Gemeinde gebaut, organisiert, umstrukturiert oder auch geplant wird und kann mit entsprechendem Hintergrundwissen mit den fragenden Nachbarn, Freunden und Bekannten darüber sprechen, diskutieren und auch mal etwas klarstellen. Besonders die Vielfältigkeit reizt mich dabei. Anfangs war die Vor-

bereitung für einige Fachausschüsse nicht so einfach, aber durch erfahrene Fraktionsmitglieder und weitere Ratskollegen fühlte ich mich als „Anfängerin“ nicht allein gelassen. Die Arbeit im Gemeinderat und in der Fraktion lässt sich mit jüngeren Kindern für mich sehr gut vereinbaren. Da die Sitzungen und Termine fast ausschließlich am späten Nachmittag oder am Abend stattfinden und bis dahin mein Mann zu Hause ist. Hat es privat mal nicht mit der Kinderbetreuung geklappt, fand die Fraktions-sitzung halt im eigenen Wohnzimmer statt.

„ES LOHNT SICH, SICH FÜR SEINE MITMENSCHEN UND FÜR DAS ALLGEMEINWOHL EINZUSETZEN.“

Henning Olthage, seit 2016 Mitglied im Gemeinderat Leese, Samtgemeinde Mittelweser, und seit 2018 Bürgermeister der Gemeinde

Bevor ich 2016 in die Kommunalpolitik (Gemeinderat Leese) ging, war ich schon häufiger angesprochen und gebeten worden, mich zur Wahl zu stellen. Irgendwie war es aber nie an der rechten Zeit, obwohl es mir sehr wichtig ist, mich einzubringen und einzusetzen für das Wohl meiner Heimatgemeinde. Auf unserer Agenda

stehen derzeit die Sicherung der Erreichbarkeit Leeses (Bahnhof), die Nachnutzung der Kiesseen und natürlich der demografische Wandel mit seinen Folgen ganz oben, und wir haben schon gute Fortschritte erzielt. Es lohnt sich, sich für seine Mitmenschen und für das Allgemeinwohl einzusetzen.



Kommunale Selbstverwaltung ist...

...das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten. Die Integration findet vor Ort in den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden statt. Menschen mit und ohne Migrationshintergrund kommen in Vereinen, Kindergärten, Schulen und am Arbeitsplatz zusammen.

WO WÜRDEN SIE AM LIEBSTEN WOHNEN?



QUELLE / Kantar/Emnid

Quelle: kommunal.de. 4/2020

Ge-Komm
Gesellschaft für kommunale Infrastruktur

WIR BERATEN ZUM THEMA
STRASSENBAUBEITRÄGE
IN NIEDERSACHSEN



www.ge-komm.de
www.wiederkehrende-strassenbaubeiträge.de

MENTORINGPROGRAMM FRAU. MACHT. DEMOKRATIE.

VON DR. CAROLA REIMANN



Dr. Carola Reimann ist Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Die UN-Frauenrechtskonvention von 1979 (CEDAW)¹, verpflichtet die Vertragsstaaten, jede Form der Diskriminierung von Frauen zu beseitigen. Das Abkommen garantiert nicht nur Neutralität in der Behandlung von Frauen und Männern, sondern fordert den Abbau von Benachteiligungen von Frauen auf allen Ebenen. Es verpflichtet die Staaten, nicht nur Gesetze zur Herstellung von Gleichberechtigung zu verabschieden, sondern auch an der praktischen Umsetzung mitzuwirken. Deutschland hat diese Konvention 1985 ratifiziert.

Wenn man sich in diesem Zusammenhang die Vertretung von Frauen in Ämtern und Mandaten anschaut, fällt das Resultat durchwachsen aus. Europaweit klappt es mit der Umsetzung vergleichsweise gut. Mit einem Frauenanteil von 41 Prozent gibt es im Europäischen Parlament mehr weibliche Abgeordnete als je zuvor. In Deutschland sieht die Realität allerdings leider anders aus. Noch immer dominieren in den Parlamenten auf allen Ebenen die Männer.

Nach mühsamen Fortschritten und jahrelangem Stillstand folgten zuletzt vielfach sogar Rückschritte. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag hat sich mit der Wahl 2017 von 37 Prozent auf 31 Prozent verringert. Auch im niedersächsischen Landtag ist der Frauenanteil mit der Wahl 2016 von 31 Prozent auf 28 Prozent gesunken. In den niedersächsischen Kommunalparlamenten sind Frauen ebenfalls weit in der Unterzahl. Ihr Anteil beträgt durchschnittlich 24 Prozent.

Das ist kein Schönheitsfehler: Parlamente sind Orte politischer und gesellschaftlicher Willensbildung. Wenn weibliche Abgeordnete nicht adäquat

vertreten sind, besteht die Gefahr, dass die getroffenen Entscheidungen nicht die Interessen von Frauen widerspiegeln. Das ist weder richtig noch gerecht, zumal Frauen die Hälfte der Bevölkerung stellen. Eine gleichberechtigte politische Partizipation beider Geschlechter muss Ziel sein und bleiben.

ES GIBT VIELE KOMPETENTE INTERESSENTINNEN

Die Erfahrung zeigt, dass es viele kompetente Interessentinnen gibt, die mitgestalten wollen. Allerdings wird ihnen oft bereits der Einstieg in die politische Arbeit schwergemacht. Das liegt auch an strukturellen Hindernissen. Über Jahre zementierte Männernetzwerke, eingefahrene Sitzungsstrukturen und fehlende Zeitkorridore wegen ungleich verteilter Sorgearbeit in der Familie, sind nur einige Hürden, die hier zu nennen sind.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns fragen, ob bestimmte Politikformen und -muster noch zeitgemäß sind. Nur weil es früher so war, muss es nicht immer so bleiben. Deshalb appelliere ich an die politischen Parteien, aktiv auf Frauen zuzugehen und sie auch bei der Kandidat*innenaufstellung auf

FRAU. MACHT. DEMOKRATIE.

aussichtsreichen Plätzen zu berücksichtigen. Langfristig werden wir meines Erachtens ein Paritätsgesetz brauchen.

Die Kandidatinnen selbst aber auch sind gefragt. Sie müssen sich einbringen, Stellung beziehen und Präsenz zeigen. Macht ist nichts Schlechtes, aber man bekommt sie nicht geschenkt, man muss sie sich erobern. Ganz abgesehen davon, dass Frauen auch nicht stillschweigend mit der Haus- und Sorgearbeit allein gelassen werden dürfen.

LUST AUF POLITIK ENTWICKELN

Mentoring-Programme machen Mut, weil sie zeigen, dass Politik nicht Männersache ist und viele Frauen vor Ort bereits erfolgreich arbeiten.

Politikinteressierte Frauen ohne vertiefte politische Erfahrungen bekommen in Niedersachsen deshalb über das Programm „Frau. Macht. Demokratie.“ die Möglichkeit, von dem Wissen und den Erfahrungen aktiver Politiker*innen zu profitieren. Sie können das Alltagsgeschehen in den Parlamenten kennenlernen, bekommen Zugang zu wichtigen Netzwerken, sollen Lust auf Politik entwickeln und idealerweise

bei der nächsten Wahl als Kandidatin antreten.

Über 400 Frauen sind im Herbst 2019 in das Programm gestartet und die meisten von ihnen sind auch heute noch am Ball. Neben dem Kernstück – der Tandembeziehung zwischen Mentee und Mentorin/Mentor – tragen fachliche und persönliche Veranstaltungsangebote zum Gelingen bei.

Aufgrund der Pandemie waren in diesem Jahr neue Formen und Möglichkeiten erforderlich, um das Programm durchzuführen und Vieles wurde kurzfristig auf digitale Formate umgestellt, die gut angenommen wurden.

Die Erfahrungen der Vorgängerprogramme machen Mut. Die Programmauswertung der vorigen Periode hat aufgezeigt, dass 92 Prozent der Teilnehmerinnen das Mentoring-Programm weiterempfehlen würden.

Mentoring ermutigt Frauen, in die Politik einzusteigen. Wenn diese wiederum als Multiplikatorinnen wirken, können wir eine große Zahl weiterer Interessierter erreichen. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Frauen in der Politik.

MENTORING FUNKTIONIERT!

An dieser Stelle einige Worte der Teilnehmerin Anke Schlingmann aus Leer:

Ich bin begeisterte Mentee im laufenden Mentoring-Programm „Frau. Macht. Demokratie.“ des Landes Niedersachsen.

Ich habe mit weiteren Mentees und auch Mentorinnen und Mentoren an Veranstaltungen zu Kommunalpolitik, Strukturen, Haushalt, Rhetorik und „Softskills“ teilgenommen, die wir als sehr hilfreich bewerten.

Kommunalpolitik ist anstrengend und zeitintensiv. Richtig ist, dass die Strukturen geändert werden müssen. Zeigt sich doch auf einen Blick, dass der Stadtrat weder nach Geschlecht noch nach Herkunft oder gar Alter die Bevölkerungsstruktur der Stadt abbildet. Das Mentoring-Programm ist hier ein Baustein für Veränderung.



Anke Schlingmann nimmt am Mentoring-Programm teil und ist begeistert

„ALLE MENSCHEN VOR ORT IN ENTSCHEIDUNGSPROZESSE EINBEZIEHEN“

Dunja Kreiser, MdL, Bürgermeisterin
der Gemeinde Evessen, Samtgemeinde Sickte

Ob der Ausbau von Radwegen, die Stärkung des Ehrenamtes oder die Ausgestaltung des öffentlichen Lebens im Dorfgemeinschaftshaus: All die vielen unterschiedlichen Facetten kommunaler Politik bestimmen letztendlich unser Zusammenleben in den Gemeinden ganz maßgeblich. Meine Verantwortung als Bürgermeisterin sehe ich darin, alle Menschen vor Ort in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und

gemeinsam eine partizipative, soziale, nachhaltige und ökologische Politik zu gestalten. Genau darin liegt für mich das Fundament unserer Gesellschaft. Die richtigen Antworten auf die großen politischen Fragen unserer Zeit werden nicht bloß in Hannover oder Berlin gegeben, sondern oft bereits direkt vor unserer eigenen Haustür proaktiv vorgelebt.

„DER EINSATZ FÜR DIE KLEINEN UND GRÖßEREN ANLIEGEN DER EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER LIEGT MIR PERSÖNLICH SEHR AM HERZEN“

Paul Mokry, Ratsmitglied seit 1991 und Bürgermeister
der Stadt Neuenhaus, Samtgemeinde Neuenhaus, seit 2006

Durch mein politisches Mandat kann ich persönlich und unmittelbar vor Ort meine Stärken einsetzen. Ich bringe meine berufliche Erfahrung (als Berufssoldat war ich verantwortlich für die Ausbildung und Führung junger Soldaten), aber auch meine Lebenserfahrung ein und helfe damit, die Lebensqualität unseres schönen Ortes Neuenhaus weiter zu verbessern. Aber

auch der Einsatz für die kleinen und größeren Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner liegt mir persönlich sehr am Herzen. Ihnen die Rückmeldung zu geben, dass die Wünsche und Anliegen bearbeitet und erledigt werden, erfüllt mich mit Freude und der Dank der Menschen ist meine Belohnung.



¹ Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination

Aufgrund des besonderen Jahres 2020 mit COVID-19 konnten überregionale Netzwerke schwer geknüpft werden. Der Projektträger Gleichberechtigung und Vernetzung e.V. hat kurzfristig eine umfangreiche Online-Chat-Reihe aufgebaut mit hilfreichen Seminar- und Workshop-Einheiten. So war ein Austausch möglich und die ersten Kontakte für die Nach-COVID-19-Zeit sind geknüpft.

Vor Ort haben sich die aktiven Mentees gut vernetzt. Die Dreiergruppe von Mentees in meiner Partei wird von ihren Mentorinnen unterstützt und immer wieder ermutigt. Da beide Kreistagsabgeordnete sind, liegt unser Mentoring-Schwerpunkt beim Kreistag. Hier wirkt der weitere, sehr wichtige Aspekt des Mentoring-Programms: Uns werden die Regeln, Abläufe und Zusammenhänge erläutert. Wir werden unterstützt vom Landrat und der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises. Neben der Teilnahme an öffentlichen Kreistagsitzungen und Ausschüssen ist die Teilnahme an weiteren Sitzungen möglich. Zusätzlich erhalten wir vor Ort Seminare und treffen uns persönlich beziehungsweise online.

Mentoring funktioniert! Ehemalige Mentees sind heute in der Kommunalpolitik und haben neue Mentees als Mentorin übernommen. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, den Frauenanteil in den Räten und Kreistagen zu erhöhen.

HINTERGRUND:

Detaillierte Informationen zum Mentoring-Programm sind unter www.frau-macht-demokratie.de abrufbar.

GESCHLECHTERVERTEILUNG DER BÜRGERMEISTER IN DEUTSCHLAND

Frauen 9%



Nach Ortsgröße

weniger als 5.000 Einwohner

Frauen 10%



90% Männer

5.000 bis unter 20.000 Einwohner

Frauen 9%



91% Männer

Über 20.000 Einwohner

Frauen 6%



94% Männer

Quelle / Forsa

Quelle: kommunal.de, 11/2020

„DURCH VERSCHIEDENE SICHTWEISEN STEIGERT SICH DIE QUALITÄT DER ENTSCHEIDUNGEN“

Nicole Friedhoff, seit 2011 Mitglied im Rat und seit 2016 Bürgermeisterin der Gemeinde Wanna und im Rat der Samtgemeinde Land Hadeln

Bis zu meiner Wahl in den Gemeinderat hatte ich eherlicherweise wenig Bezug zur Kommunalpolitik. Mein politisches „Grundinteresse“ begrenzte sich bis zu diesem Zeitpunkt lediglich auf die Bundespolitik. Früher haben sich fast ausschließlich Männer in der Kommunalpolitik aktiv eingesetzt. Hauptaugenmerk lag hierbei besonders auf Straßen und Wegen. Heute ist das Spektrum viel breiter und es geht um vieles mehr:

Kinderbetreuung, sozialer Wohnungsbau, Seniorenfreundlichkeit sind Themen, um die es heutzutage auch geht. Und deshalb ist es auch wichtig, dass sich mehr Frauen in der Kommunalpolitik engagieren. Durch verschiedene Sichtweisen steigert sich die Qualität der Entscheidungen, die im Rat getroffen werden. Viele kümmern sich nur um sich selbst, aber Demokratie lebt vom Mitmachen!

„DURCH MEINE AUSBILDUNG ZUM VERWALTUNGSFACHANGESTELLTEN BIN ICH IN KONTAKT MIT DER KOMMUNALPOLITIK GEKOMMEN“

Mark Härtel, seit 2011 im Gemeinderat Leese und im Samtgemeinderat Mittelweser

Durch meine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten bin ich in Kontakt mit der Kommunalpolitik gekommen und habe das Entscheidungsspektrum der Kommunalpolitik kennengelernt. Den Entschluss, bei der Kommunalwahl 2011 zu kandidieren, habe ich im Frühjahr 2011 nach Gesprächen mit dem damaligen Bürgermeister Grant Hendrik Tonne getroffen. Unter anderem war ein Anreißer

das fortgeschrittene Alter der weiteren Kandidaten für den Gemeinderat. Und ich war zum Zeitpunkt der Wahl erst 25 Jahre alt. Gerade in finanzschwachen Gemeinden gilt es, Prioritäten zu setzen und diese dann im Sinne aller Einwohnerinnen und Einwohner zu beschließen. Dies erfolgt hier vor Ort regelmäßig auch fraktionsübergreifend.



„ICH WOLLTE ES ALS ERSTE FRAU IN DEN RAT SCHAFFEN“

Heidrun Kuhlmann, seit 1981 Ratsmitglied und seit 2011 Bürgermeisterin der Gemeinde Landesbergen, Samtgemeinde Mittelweser

Seit 1981 bin ich Kommunalpolitikerin. Da gibt es viel zu erzählen. Warum bin ich in die Kommunalpolitik eingestiegen? Weil ich hier lebe und den kommunalpolitischen Gestaltungsraum, der sich über den Rat bietet, nutzen wollte. Damals, zu Beginn meiner Tätigkeit, waren es die Öffnungszeiten des Kindergartens und ich wollte es als erste

Frau in den Rat schaffen. Das ist mir auch auf Anhieb gelungen. Danach kamen der Samtgemeinderat und der Kreistag hinzu. Heute, in der aktuellen Legislaturperiode, bin ich als erste Frau Kreistagsvorsitzende. Und ich bin seit 2011 die Bürgermeisterin hier in Landesbergen. Und das macht mir richtig viel Spaß. Ehrenamt ist das schönste Amt.



Kommunale Selbstverwaltung ist...

...die Verantwortung für unsere Jüngsten zu tragen.

Mit der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen verantworten

Gemeinden eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft.

Außenbereich der Kita im Familienzentrum der Gemeinde Isernhagen

IMMER WAS LOS! KOMMUNALE PROJEKTE SIND VIELFÄLTIG.



Kinder der Löwenzahngrundschule in der Stadt Moringen (Landkreis Northeim) pflanzen im Oktober 2020 eine vom NSGB gespendete Eiche



Kleinkunstfest im August 2019 in der Samtgemeinde Emlichheim



Landschaftstheater des Forum Kunst und Kultur Heersum, Gemeinde Holle, im Juli 2011



Umsetzung des Gemeindeentwicklungskonzeptes der Gemeinde Ostrhauderfehn: Workshop mit Bürgerinnen und Bürgern zur Neugestaltung der Ortsdurchfahrt



Historische Fahrten mit dem Reichsbahnzug von Derneburg nach Bornum, Gemeinde Holle



Breitbandausbau in der Samtgemeinde 2017: Mitglieder des Samtgemeinderates informieren sich



Freigabe des sanierten Trimm-Dich-Pfades am Dammer Bergsee für die Öffentlichkeit (Oktober 2020)



Gartenfest vor Schloss Derneburg und dem Café und Veranstaltungsort „Glashaus“, Gemeinde Holle Ende August 2009



Lebendige Gemeindepartnerschaft: Der Gemeinderat Salzbergen empfängt 2019 eine Delegation aus der polnischen Partnergemeinde Krzanowice

**BETRIEBSHÖFE
DER SAMT-
GEMEINDE
GRASLEBEN
ARBEITEN
DIGITAL**

Berge von Papier gehören für den Betriebshof der Samtgemeinde Grasleben sowie die Gemeindebetriebshöfe Mariental, Grasleben und Querenhorst der Vergangenheit an. Arbeitsaufträge erhalten diese seit 2019 in digitaler Form mittels Tablets.

Für Samtgemeindebürgermeister Gero Janze war die Einführung ein weiterer Schritt in Richtung modernes Rathaus, die nur dank der Unterstützung des Samtgemeinderates möglich ist.

Text und Bild:

Samtgemeinde Grasleben



Samtgemeindebürgermeister Gero Janze mit Mitarbeitern eines Betriebshofes



*Ursula von der
Leyen: Seit 2019
Präsidentin der
Europäischen
Kommission*



2001 als Abgeordnete im
Rat der Stadt Sehnde



2001 im Ortsrat Ilten

AUCH DAS IST MÖGLICH: VOM ORTSRAT ILTEN AN DIE SPITZE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Mit einem Augenzwinkern kann man das Engagement in der Kommunalpolitik auch als Startbahn für eine steile Karriere betrachten. Ursula von der Leyen begann ihr politisches Engagement im Jahr 2001 im Ortsrat Ilten in der Stadt Sehnde (Region Hannover). Von 2001 bis 2004 war sie zudem Ratsmitglied in Sehnde, dann von 2003 bis 2005 Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, von 2005 bis 2009 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, von 2009 bis 2013 Bundesministerin für Arbeit und Soziales und von 2013 bis 2019 Bundesministerin der Verteidigung. Seit dem 1. Dezember 2019 ist sie Präsidentin der Europäischen Kommission.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Daseinsvorsorge.

Dazu gehört auch die Bereitstellung von Bestattungspätzen. Die Mehrzahl der Friedhöfe in Deutschland befindet sich in kommunaler Trägerschaft. Die Räte entscheiden über Widmung, Gestaltung, Unterhaltung, Nutzung und Gebühren.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Europa.

Über 600 Städtepartnerschaften gibt es in Niedersachsen.

KAUF UND SANIERUNG DER LETZTEN SAAL-GASTSTÄTTE DURCH DIE GEMEINDE KETTENKAMP

Auch die Gemeinde Kettenkamp, Samtgemeinde Bersenbrück, 1800 Einwohner, blieb leider von dem Phänomen „Kneipensterben“ nicht verschont: Von ehemals fünf Gaststätten gab es 2018 noch zwei, davon eine mit Saalbetrieb für bis zu 200 Personen. Ende 2018 hat der damalige Eigentümer die Gaststätte mit Saalbetrieb gegenüber der Gemeinde Kettenkamp geäußert, die Immobilie aus privaten Gründen verkaufen zu wollen. Die Gemeinde hat sich sofort um eine zügige und adäquate Lösung zum Weiterbetrieb der Gaststätte bemüht. Das Gasthaus ist die letzte Saalgaststätte der Gemeinde und Austragungsort für das Schützenfest, andere Großveranstaltungen und alle Arten von privaten Feiern.

So war es für die Gemeinde die logische Schlussfolgerung, die Immobilie zu erwerben, um diese für die Kulturinfrastruktur und das vielfältige und aktive Vereinsleben im Ort zu erhalten. Die direkt betroffenen Vereine sind anschließend von der Gemeinde ins Boot geholt worden und haben nach der vorübergehenden Schließung Ende 2018 die Erarbeitung eines Betreibermodells unterstützt für den Fall, dass keine Pächterlösung zustande kommen würde. Es gab mehrere Interessenten



und trotz Corona übernahm ein Pächter die Immobilie. Durch den erneuten Lockdown ab November 2020 musste der Gaststättenbetrieb geschlossen und das Pachtverhältnis einvernehmlich zum 30. November aufgelöst werden.

Für die grundlegende Sanierung und Modernisierung erhält die Gemeinde eine ZILE-Förderung in Höhe von 425 000 Euro. Durch diesen Betrag, 63 Prozent der veranschlagten Gesamtsumme für die gründliche Renovierung, kann die Gemeinde das Projekt stemmen und den Fachwerkbau mit angesetztem Saaltrakt, Biergarten und Schützenhalle sowie Schützenfestplatz sanieren. Laut dem Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) war einer der Gründe für die Bewilligung der Fördermittel, dass die Gemeinde die Immobilie für die Erhaltung des kulturellen Lebens im Ort erworben hat. Für die Gemeinde ver-

bleibt zwar immer noch eine erhebliche finanzielle Belastung, aber der Rat ist sich einig, dass es sich um eine wichtige Investition in die Zukunft der Gemeinde handelt. Gemeinsam mit dem Architekturbüro Planwerkstatt Bersenbrück hat ein extra gebildeter Bauausschuss spannende Ideen für Umbau und Sanierung entwickelt, die derzeit umgesetzt werden. Im Juli sollen die Arbeiten komplett abgeschlossen sein, zum Frühjahr hin startet wieder die aktive Pächtersuche.

Die Gemeinde Kettenkamp ist zuversichtlich, für das Objekt dann auch wieder einen Pächter zu finden; schließlich findet hier ein Großteil des örtlichen Vereinslebens statt – und das gilt es, zu erhalten. Weitere Informationen auf der Homepage der Gemeinde Kettenkamp www.kettenkamp.de oder auf <https://www.facebook.com/825JahreKettenkamp>

JUGENDPARLAMENT IN CLOPPENBURG SEHR ERFOLGREICH

Im Zuge des Audits „Familiengerechte Kommune“ fand in der Stadt Cloppenburg erstmals 2016 eine Jugendparlamentswahl statt. Am 26. Mai 2019 wurde parallel zur Europawahl das zweite Jugendparlament erfolgreich gewählt. Das Gremium besteht aus 21 Mitgliedern, die sich für die Belange der Jugendlichen einsetzen. 1182 Jugendliche haben von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht – die Wahlbeteiligung lag bei 28,1 Prozent.

Erfolgreich hat sich das Jugendparlament für die Errichtung einer Graffiti-Wand im Mehrgenerationenpark eingesetzt. Im Frühjahr 2020 unterstützten Mitglieder des Jugendparlaments die Cloppener Tafel. Hintergrund: Um die meist älteren ehrenamtlichen Helfer*innen vor einer möglichen



Ansteckung mit dem Coronavirus zu schützen, musste der gemeinnützige Verein zum 23. März 2020 seinen Service der Lebensmittelausgabe einstellen.

Dank der Unterstützung des Jugendparlaments konnte die Tafel am 2. April 2020 wieder öffnen und Bedürftige mit Lebensmitteln versorgen.

Kommunale Selbstverwaltung...

„UND DANN WURDE ICH GLEICH ZUR VORSITZENDEN DES SCHULAUSSCHUSSES GEWÄHLT!“

Eileen Stiehler, 25 Jahre alt, seit 2016 Mitglied im Gemeinderat des Flecken Delligsen

Bereits als Jugendliche habe ich mich in den örtlichen Vereinen in Delligsen engagiert und dabei sehr wohlgefühlt. Zu den Kommunalwahlen 2016 wurde ich angesprochen, ob ich nicht Lust hätte, zur Kommunalwahl zu kandidieren. Für mich war sofort klar, dass das eine Chance wäre, etwas im Ort für die Gemeinschaft und vor allem für die Zukunft unserer Gemeinde zu

bewegen. Besonders Sportvereine und Schulangelegenheiten liegen mir am Herzen. Daher wollte ich auf jeden Fall Mitglied in den entsprechenden Ausschüssen werden. Und dann wurde ich gleich zur Vorsitzenden des Schulausschusses gewählt! Als Highlight und großen Erfolg sehe ich den Kampf um unsere örtliche Oberschule an. Sie wurde nicht geschlossen, sondern neu gebaut.

...basiert auf dem ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

In Niedersachsen engagieren sich über drei Millionen Menschen ehrenamtlich für das Gemeinwesen in Kirchen, Vereinen, Verbänden und Initiativen.



„ES IST SEHR SCHÖN, EIN REDERECHT BEI GEMEINDERATSSITZUNGEN ZU HABEN“

Tessa Hoffmann, 19 Jahre alt, seit 2014 Mitglied im Jugendgemeinderat (JGR) Edewecht und seit drei Jahren Sprecherin des Gremiums

Ich habe mich damals als Kandidatin für den JGR aufstellen lassen, da ich überzeugt von der Idee bin, dass Kinder und Jugendliche eine Stimme in der Gemeinde/in der Politik haben sollten. Es ist sehr schön, ein Rederecht bei Gemeinderatssitzungen zu haben, sodass wir uns beispielsweise beim Schulausschuss für oder gegen eine Beschlussvorlage aus-

sprechen können, die dann vielleicht überdacht wird. Der JGR verfügt zudem über ein eigenes Budget, damit wir eigene Projekte umsetzen können, ohne dabei von einem anderen Gremium abhängig zu sein. So konnten etwa Basketballkörbe, Weihnachtsgeschenke für benachteiligte Kinder und Kinderdiscos realisiert werden.

„BEI UNGERECHTIGKEIT NIEMALS WEGSCHAUEN“

Bernd Lynack, MdL, für den Wahlkreis Hildesheim seit 2013

Politisch engagiert bin ich seit meiner Jugend. Schon als Schüler schickten mich die Klassenkameraden vor, wenn es mit Lehrern etwas zu klären galt oder Streit geschlichtet werden musste. Ich habe früh gemerkt, dass ich gegen Ungerechtigkeit etwas unternehmen kann. Nur wenn man diese erkennt, kann man sie auch abstellen. Und

genau so habe ich auch immer gehandelt. Ich bin Berufspolitiker oder vielmehr ist Politik meine Berufung. Im Landtag leite ich die Enquete-Kommission „Ehrenamt“, die sich bis Mitte 2021 mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement beschäftigt.

„HIER WILL ICH MICH ENGAGIEREN, HIER WILL ICH MITGESTALTEN“

Christiane Lehmkuhl, seit 2016 Mitglied im Rat der Gemeinde Goldenstedt

Ich freue mich, meinen Beitrag dazu leisten zu können, Goldenstedt zu einem (noch) lebenswerteren Ort zu machen. Auch wenn ich erst neun Jahre hier wohne, konnte ich seit 1998 als Biologielehrerin hier vor Ort erleben, wie gern die Goldenstedter gemeinschaftlich Dinge voranbringen. Als ich hier hinzog, war mir klar, hier will ich mich engagieren, hier will ich mitgestalten. Politisch interessiert war ich schon immer, engagiert hatte ich mich bis dahin vor allem

im Vereinsnaturschutz. Dabei ist mir bewusst geworden, wie wichtig es ist, dass die Politik die richtigen Weichen für den Erhalt von Natur und Landschaft stellt. Neben dem Naturschutz liegen mir natürlich Kinder und Jugendliche am Herzen. Ich finde es wichtig, dass sie motiviert werden, selbst politisch aktiv zu werden. Deshalb bin ich besonders stolz auf unser Jugendparlament, in dem sich viele junge Goldenstedter engagieren.

„EINFACH ANPACKEN UND NICHT LANGE SCHNACKEN“

Christel Zießler, Ratsmitglied in der Gemeinde Ganderkesee seit 1976

Als Tochter eines Ziegelmeisters bin ich in bodenständigen Verhältnissen aufgewachsen. Ich habe mich immer gerne ins Dorfleben eingebracht getreu dem Motto: „Eben einfach anpacken und nicht lange schnacken“. Gemeinsam haben wir im Rat Baugebiete, Schulen und Kindertagesstätten geschaffen, auch ist unser Haushalt ausgeglichen. Verkehrspolitik ist mir sehr wichtig und da gibt es noch viel zu tun,

besonders für die schwächeren Verkehrsteilnehmer. Leider konnte ich einen mir wichtigen Kreisverkehr noch nicht verwirklichen. Da ich direkt nach meiner Wahl in den Gemeinderat 1976 verwitwet und damit alleinerziehend mit kleinen Kindern war, hatte ich einige Mühe, alles unter einen Hut zu bringen. Durch Nachbarschaftshilfe gelang es aber.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

...touristische Gestaltung.

Besonders für Land- und Natururlaub und damit den ländlichen Raum ist Niedersachsen bekannt. Die gemeindlichen Aufgaben sind vielfältig und reichen von eigenen Einrichtungen bis zur Erhebung von Abgaben.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Brandschutz.

In Niedersachsen engagieren sich aktuell ca. 125 000 Kamerad*innen in 3240 Feuerwehren ehrenamtlich. Sie bewältigen dabei über 100 000 Einsätze im Jahr. Hinzu kommen ca. 45 000 Kinder und Jugendliche in den Nachwuchsorganisationen. Die Kommune als Träger der Feuerwehr sorgt für die technische und persönliche Ausstattung.



„FUN-COURT“ IN DANNDORF ERÖFFNET

Nach knapp drei Monaten Bauzeit ist es soweit: Die neue Fun-Court-Anlage in Danndorf, Samtgemeinde Velpke, wurde im November 2020 eröffnet und steht nunmehr allen Ballsport-Begeisterten zur Verfügung.

Der Fun-Court wird als gemeinde-eigene Anlage betrieben und befindet

sich zwischen der Waldstraße und dem B-Platz des Sportplatzes in Danndorf. Auf einer Spielfläche von zwölf mal 24 Meter (Kunststoffbelag) besteht ein vielseitiges Spiel- und Sportangebot – unter anderem für Fußball, Handball, Basketball, Badminton, Hockey, Tennis, Fußballtennis, Volleyball. Witterungs-

bedingt wird im Frühjahr 2021 abschließend die Spielfeldmarkierung sowie die Einzäunung der Anlage durchgeführt. Mit der Errichtung der Anlage wurde ein generationsübergreifender Treffpunkt geschaffen, an dem Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senior*innen bei spielerischen und sportlichen Aktivitäten/Bewegungen zusammenkommen können.

Die Herstellung der Anlage wurde nach erfolgter Ausschreibung umgesetzt. Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf etwa 180 000 Euro. Wesentlicher Ausgangspunkt für die Umsetzung des Projektes ist eine umfangreiche LEADER-Förderung in Höhe von 70 000 Euro. Die Eigenmittel der Gemeinde Danndorf belaufen sich auf rund 110 000 Euro.

Die Anlage ist im Rahmen der Spielplatzentwicklung in der Gemeinde Danndorf ein wichtiger Baustein und rundet die in den vergangenen Jahren umgesetzte Spielplatzoffensive rundum ab.

HOHE FÖRDERUNG FÜR SANIERUNG UND NEUAUSRICHTUNG DER SPORTANLAGE VELPKE

Am 21. September 2020 überbrachte der Bundestagsabgeordnete Falko Mohrs die offizielle Nachricht, dass die Gemeinde Velpke für die geplante Sanierung der Bezirkssportanlage in Velpke einen Zuschuss in Höhe von 1 005 300 Euro erhalten wird. Er freute sich, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den von ihm und Samtgemeindebürgermeister Rüdiger Fricke unterstützten Antrag beschlossen hat. Herbert

Groenke und der Vorsitzende des Kreissportbundes Helmstedt, Jürgen Nitsche, stellten heraus, dass es gerade in der heutigen Zeit wichtig sei, in Sportstätten zu investieren, um den gegebenen Bedürfnissen und Trends gewachsen zu sein. Nur so ist den Vereinen möglich, ihren Mitgliedern in den unterschiedlichen Sparten etwas zu bieten und anderen Vereinen gegenüber attraktiv zu bleiben. (Wehke)

„ABSOLUT ERFÜLLEND UND BEREICHERND“

Susanne de Bruijn, Ratsmitglied im Flecken und in der Samtgemeinde Harsefeld

Oft höre ich das Argument, man könne ja sowieso nichts erreichen. Durch gute Beispiele hier in Harsefeld lassen sich solche Aussagen glücklicherweise entkräften. Für mich war es die richtige Entscheidung, mich politisch in meinem Heimatort zu engagieren, denn ich empfinde meine Tätigkeit als absolut erfüllend und bereichernd. Ich sehe, was wir auf den Weg gebracht haben, ich erlebe, wie dankbar die Mitmenschen für die sehr gute Infrastruktur hier in Harsefeld

sind. Die Geschäftsleute werden gehört und alle, die ernsthaft an der Weiterentwicklung Harsefelds interessiert sind, dürfen sich und ihre Ideen einbringen und können sicher sein, dass die Umsetzung ihrer Wünsche zumindest ernsthaft geprüft wird. Wir leben hier die Kultur des Miteinanders und das macht mir die Ratsarbeit um ein Vielfaches leichter und die Begegnungen mit den Menschen bereichern mein Leben und erweitern meinen Horizont.



„NICHT MECKERN. MACHEN“

Rainer Fredermann, MdL, und Mitglied im Rat der Stadt Burgwedel und in der Regionsversammlung

Anders als in der Landespolitik sieht man vor Ort sehr direkt die Erfolge seiner politischen Arbeit. Besonders gefreut hat mich, dass wir in Burgwedel ausreichend Kindergartenplätze geschaffen haben, lange bevor es den Rechtsanspruch gab. Auch die Umgestaltung von wichtigen Plätzen in Großburgwedel, Fuhrberg und Wettmar waren tolle Erfolge der politischen

Arbeit. Den Aufbau einer vernünftigen Infrastruktur in den Ortschaften halte ich für besonders wichtig. Und die Pandemie zeigt uns derzeit die Bedeutung einer guten Versorgung vor Ort. Der Wahlspruch, der mich immer wieder anspricht: „Nicht meckern. Machen!“



Kommunale Selbstverwaltung ist...

...am 12. September 2021 an der Kommunalwahl teilzunehmen und die kommunalen Vertretungen zu wählen.



WIE WIRD MEINE GEMEINDE NACHHALTIG?

NIEDERSÄCHSISCHE KOMMUNEN AUF KURS NACHHALTIGKEIT

KommN Niedersachsen – mit diesem Projekt unterstützt die Kommunale Umwelt-Aktion UAN kleine und mittlere Kommunen, nachhaltiges Handeln zu initiieren und zu verankern. Nicht zuletzt der zunehmend spürbare Klimawandel und die aktuellen Pandemie-Ereignisse zeigen, dass eine zukunftsgerechte Kommunalentwicklung, die auch innovative Wege geht, mehr denn je von Bedeutung ist. Nur mit einer langfristigen Planung im

Sinne der Menschen können Kommunen zukünftigen Veränderungen positiv begegnen und die unmittelbaren Lebensumfelder generationengerecht gestalten. Unabhängig von der Ausgangslage vor Ort, in welchem Maße bereits Engagement im Bereich Nachhaltigkeit besteht, welche finanziellen und personellen Kapazitäten gegeben sind, begleitet die UAN Städte und Gemeinden dabei, einen individuellen, die gesamte Kommune umfassenden

Nachhaltigkeitsprozess zu entwickeln. Nach einem erfolgreichen Auftakt im Herbst des letzten Jahres und Informationsveranstaltungen für interessierte Städte und Gemeinden sind es schon jetzt mehr als zehn Kommunen, die Richtung Nachhaltigkeit gestartet sind und an KommN Niedersachsen teilnehmen. Interessierte Kommunen sind weiterhin herzlich willkommen. Informationen zu Vorhaben und Angebot finden Sie unter www.uan.de

„DIE POLITIK IST EIN STÜCK MEINER PERSÖNLICHKEIT GEWORDEN“

Ruth Leunig, seit 1991 Ratsmitglied in der Samtgemeinde Emmerthal

Als ich 1991 als Mutter von zwei Kindern in den Emmerthaler Gemeinderat gewählt wurde, lernte ich schnell, was es heißt, seine Frau zu stehen. Zum Glück unterstützte mich mein Mentor und damaliger Bürgermeister. Nach 30 Jahren kommunalpolitischer Arbeit kann ich sagen: Die Höhen und Tiefen, Niederlagen und Siege, die Begegnungen mit Menschen, die ich ins Herz geschlossen habe, und jenen, an denen ich mich im besten Sinne „reiben“ konnte, haben mich auch zu dem Menschen gemacht, der ich

bin. Dabei geht es nicht immer um die eigenen Lieblingsthemen, sondern auch um Wasserversorgung, Finanzen oder Friedhöfe. Doch auch auf kommunaler Ebene kann man „Karriere machen“. Als stellvertretende Bürgermeisterin, Kreistagsvorsitzende und stellvertretende Landrätin gab es viel zu bewegen. Meine Highlights waren die Umsetzung des Bildungshauskonzeptes, der Breitbandausbau und der Dokumentationsort Bückeberg.



„FRAUEN SIND DRINGEND NÖTIG, UM SOZIALE UND FAMILIENFREUNDLICHE POLITIK ZU MACHEN“

Inge Olberding, seit 2001 Mitglied im Rat der Gemeinde Holdorf

Durch die starke Vereinsarbeit meines Vaters im Ort und seine Arbeit im Gemeinderat war ich deutlich vorgeprägt. Mit der kommunalpolitischen Arbeit habe ich erst 2001 begonnen, als die drei Kinder nahezu erwachsen waren. Vorher war ich jedoch bereits ehrenamtlich in der Jugendarbeit der evangelischen Kirche vor Ort tätig. Ziel der politischen Arbeit ist für mich derzeit die Verbesserung der bezahlbaren Wohnangebote in Holdorf, die Veränderung/

Abschaffung der Straßenausbauschuld, die Schaffung von Wohnraum auch in der Bauernschaft – auch zum Erhalt des Kindergartens, die Förderung der Vereine für gute Freizeitangebote der Menschen im Ort und die Schaffung/Erhaltung eines familienfreundlichen Lebensumfeldes. Im Bemühen um neue Ratsmitglieder zur Kommunalwahl spreche ich vordringlich mit Frauen. Diese sind nötig, um soziale und familienfreundliche Politik zu gestalten.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

...die Mitgestaltung beim Ausbau von Windkraft.

In Niedersachsen wird im Ländervergleich der größte Anteil der Leistung aus Windenergie produziert, aktuell gibt es in Niedersachsen 6342 Windenergieanlagen mit steigender Tendenz. Die Gemeinden können mit festlegen, wo im Gemeindegebiet Windenergieanlagen vorrangig errichtet werden dürfen.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Hochwasser- und Starkregenvorsorge.

Bedingt durch den Klimawandel werden die Wetterereignisse extremer. Während Hochwasser lediglich an Flüssen ein Thema ist, können Starkregenereignisse überall auftreten. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie deren Eigentum vor Hochwasser- und Starkregenereignissen ist neben einem gewissen Eigenschutz daher unentbehrlich.

Unser Dorf hat Zukunft:

EIN WETTBEWERB FÜR KREATIVE

Der Dorfwettbewerb hat in Niedersachsen Tradition. Regelmäßig stellen sich engagierte, hoch motivierte Dorfgemeinschaften einer immer wieder starken Konkurrenz im eigenen Landkreis, im Land oder auf Bundesebene. Sie zeigen, was sie einzigartig, stark und attraktiv macht.

WORUM GEHT ES IM WETTBEWERB?

Im Mittelpunkt des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ steht das Engagement der gesamten Dorfgemeinschaft bei der Umsetzung neuer Ideen für eine ganzheitliche und nachhaltige Dorfentwicklung. Gesucht werden Dörfer, die als Gemeinschaft dafür sorgen, dass ihr Ort lebenswert ist und bleibt.

Lange schon ist der Wettbewerb nicht mehr die Leistungsschau von herausgeputzten Dörfern mit schmucken Häusern, akkuraten Vorgärten und sauberen Gehwegen. Viel mehr zeigen die

Dörfer hier, dass sie sich den Herausforderungen des demografischen Wandels, der soziokulturellen Vielschichtigkeit sowie dem Klimaschutz/Klimawandel stellen. Sie beweisen mit ihrer Wettbewerbsteilnahme, wozu lebendige, kreative Dorfgemeinschaften in der Lage sind: sich zukunftsrecht aufzustellen.

WIE LÄUFT DER WETTBEWERB AB?

„Unser Dorf hat Zukunft“ findet in unterschiedlichen Ebenen statt. In Niedersachsen führen zuerst die Landkreise im eigenen Zuständigkeitsbereich ihre Kreiswettbewerbe durch. Anschließend werden in zwei weiteren Wettbewerbsrunden die Siegerdörfer des Landesentscheids ermittelt. Diese sind dann wiederum Kandidaten für den Bundeswettbewerb.

Kreis-, Landes- und Bundeswettbewerb sind für sich genommen eigenständig, bauen aber in ihrer Ziel-

richtung aufeinander auf. In jeder Wettbewerbsrunde entscheidet jeweils eine eigens eingerichtete, unabhängige Bewertungskommission.

Aktuell ruft das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Teilnahme am 27. Landeswettbewerb auf. 2021 findet die erste Wettbewerbsrunde auf Ebene der Landkreise, kreisfreien Städte und der Region Hannover statt. Möglich ist auch, dass eine Gemeinde, eine LEADER- oder eine ILE-Region den sogenannten Kreisentcheid organisiert.

WER KANN TEILNEHMEN?

Teilnahmeberechtigt sind alle Dörfer – als selbstständige Gemeinde oder Ortsteile mit überwiegend dörflichem Charakter. Auch eine Dorfgruppe aus mehreren kleinen Dörfern, die sich als gelebte Einheit verstehen, kann teil-



nehmen. Gemeldet werden die Dörfer jeweils über ihre Gemeinden.

WAS GIBT ES ZU GEWINNEN?

Mitmachen heißt gewinnen! Allein durch die Teilnahme am Wettbewerb gewinnen die Dörfer – vor allem an Motivation, Souveränität und Selbsterkenntnis. Sie erhalten Lob und Anerkennung, öffentliche Aufmerksamkeit und unterstützende Beratung. Die teilnehmenden Dörfer werden zu Vorbildern, regen zur Nachahmung an und gestalten ihre zukünftige Entwicklung. Darüber hinaus erhalten im aktuellen Wettbewerb die Siegerdörfer auf Kreisebene ein zweckgebundenes Preisgeld in Höhe von bis zu 1500 Euro, das für eine weiterführende Dorfmoderation,

eine Ideenwerkstatt oder ein besonderes identifikationsförderndes Projekt verwendet werden kann.

SONDERPREIS KLIMASCHUTZ UND KLIMAFOLGENANPASSUNG

Die Auslobung des Kreiswettbewerbs von „Unser Dorf hat Zukunft“ erfolgt erneut in Verbindung mit dem Wettbewerb „Klima Kommunal“. So können die ausrichtenden Landkreise zusätzlich einen „Sonderpreis Klimaschutz & Klimaanpassung“ vergeben. Der Preis ist mit jeweils 500 Euro dotiert. Die Preisgelder für diesen Sonderpreis werden vom Niedersächsischen Umweltministerium zur Verfügung gestellt, die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) übernimmt die Koordination.

EINFACH MAL MACHEN

Der ländliche Raum, seine dynamischen Dörfer und dort lebenden Menschen verdienen für ihre Leistungen und Akti-

vitäten Anerkennung und besondere Wertschätzung. Dies bietet der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Die Verantwortlichen in den Dörfern können das Angebot des Dorfwettbewerbs transportieren und zum Mitmachen motivieren – in ihren Dorfgemeinschaften, aber auch in den Landkreisen, der Region Hannover und den kreisfreien Städten.

WEITERE INFORMATIONEN UND DETAILS

Informationen zu Wettbewerb, Sonderpreis, Teilnahmebedingungen und Termine unter www.dorfwettbewerb.niedersachsen.de

Die Wettbewerbsdurchführung im Landesentscheid wird durch den Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund zusammen mit der Kommunalen Umwelt-Aktion (UAN) unterstützt. Rückfragen gern auch an info@uan.de.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Wirtschaftsförderung.

Aktive Wirtschaftsförderung sichert Arbeitsplätze vor Ort und sorgt für Gewerbesteuerereinnahmen.

Kommunale Selbstverwaltung ist...

Straßenbau.

Gut 83 Prozent der deutschen Straßen sind in kommunaler Hand. Zu ihnen zählen insbesondere Gemeindestraßen. Sie werden von Gemeinden unterhalten und ausgebaut. Die Gemeinderäte entscheiden über Widmung, Ausbau und Finanzierung.

www.kommunaleinkauf.de

Als einhundertprozentige Tochter
des Niedersächsischen Städte- und
Gemeindebundes ist die KWL ein
Dienstleistungsunternehmen, das für die
Städte, Gemeinden und Samtgemeinden
Sonderkonditionen erwirkt und komplexe
Dienstleistungen erbringt.



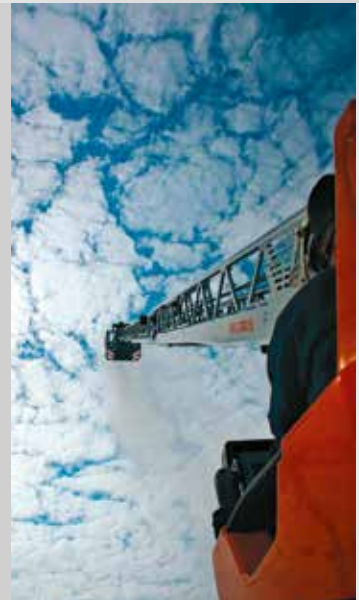
Telefonie

Sonderkonditionen im Bereich
Telefonie (Festnetz und Mobilfunk).
Ihre Ansprechpartnerin:
Kerstin Hillebrecht
Telefon 0511 30285-51

Feuerwehr

Individuelle
Ausschreibungs-
verfahren von Feuer-
wehrfahrzeugen für
die Städte, Gemeinden
und Samtgemeinden.

Ihre Ansprechpartner:
Alan Orant
Telefon 0511 30285-48
Petra Schulz
Telefon 0511 30285-67



Energie

Seit 1998 führt die KWL erfolgreich
Strom- und Erdgasausschrei-
bungen für niedersächsische
Kommunen und Verbände durch.

Ihr Ansprechpartner:
Matthias Hoppe
Telefon 0511 30285-77

Natürlich stehen Ihnen
unsere kompetenten
Ansprechpartner auch
für Beschaffungen
in anderen Bereichen
zur Seite.